



Beschlussbuch

Bezirksparteitag

4. Juni 2016

in Mellrichstadt

Anträge zum Bezirksparteitag, 04 Juni 2016

N	Thema	AntragstellerIn	BE	Votum BeVo	Beschluss Parteitag	Weiterleitung an
	Arbeiten					
A1	Das Rentenpaket weiterentwickeln – Den Lebensstandard im Alter sichern	SPD-Ortsverein Sand am Main	Bernd Rützel	<i>Annahme</i>	<i>einstimmig</i>	<i>LPT BPT Bundestagsfraktion</i>
A2	Digitalisierung der Arbeitswelt	Juso Bezirksvorstand	Bernd Rützel	<i>Annahme Material an AG „Digitales Leben“</i>	<i>Bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltung angenommen</i>	<i>Landesvorstand AG –Digitales Leben</i>
A3	Nein zur Solidarischen Lebensleistungsrente	Vorstand AsF Unterfranken	Bernd Rützel	<i>Annahme in geänderter Form</i>	<i>In der Endabstimmung bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen</i>	<i>Fraktionen: Bund Land Bezirk</i>
A4	Abschaffung der sachgrundlosen Befristung bei Arbeitsverträgen	SPD Ortsverein Sand am Main	Bernd Rützel	<i>Annahme</i>	<i>Einstimmig</i>	<i>Bundestagsfraktion</i>

Anträge zum Bezirksparteitag 04. Juni 2016

N	Thema	AntragstellerIn	BE	Votum BeVo	Beschluss Parteitag	Weiterleitung an
	Bildung					
<i>B1</i>	<i>Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!</i>	<i>SPD Unterbezirks- parteitag WÜ-Stadt</i>	<i>Kathi Petersen</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>B1 und B2 gemeinsam abgestimmt: bei 28 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ange- nommen</i>	<i>--</i>
<i>B2</i>	<i>Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!</i>	<i>Juso-Bezirks- konferenz</i>	<i>Kathi Petersen</i>	<i>Ablehnung</i>		<i>--</i>
	Digitalisierung					
<i>D1</i>	<i>Netzneutralität</i>	<i>Juso-BeKo</i>	<i>Katharina Räth</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Bei 7 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen</i>	<i>--</i>

Anträge zum Bezirksparteitag, 04 Juni 2016

N	Thema	Antrag- stellerIn	BE	Votum BeVo	Beschluss Parteitag	Weiterleitung an
	Europa/Flüchtlings- politik					
<i>E1</i>	Die Festung Europa einreißen - Fluchtwege legalisieren, SchlepperInnen das Handwerk legen	Juso-BeKo	Kerstin Westphal	<i>Annahme in geänderter Form</i>	<i>Einstimmig</i>	<i>In geänderter Form an: Landesparteitag Bundesparteitag</i>
<i>E2</i>	Einwanderungsgesetz? – Ja, aber richtig!	Juso-BeKo	Kerstin Westphal	<i>Rücküberweisung an BeVo -Veranstaltung</i>	<i>Bei 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen</i>	<i>Veranstaltung Bezirk Ufr.</i>
<i>E3</i>	Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung – Frauenrechte sind Menschenrecht	Vorstand AsF-Unterfranken	Kerstin Westphal	<i>Annahme</i>	<i>Bei 1 Enthaltung angenommen</i>	<i>Fraktionen: Bund Land Bezirk</i>
<i>E4</i>	Einstiegssprachkurse für alle Asylsuchenden	Vorstand AsF-Unterfranken	Kerstin Westphal	<i>Annahme</i>	<i>Einstimmig</i>	<i>Fraktionen: Bund Land Bezirk</i>
<i>E5</i>	Sommerzeit ist überflüssig	SPD OV Sand am Main	Kerstin Westphal	<i>Ablehnung</i>	<i>Bei 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen</i>	--

Anträge zum Bezirksparteitag 04. Juni 2016

Nr.	Thema	Antrag- stellerIn	BE	Votum BeVo	Beschluss Parteitag	Weiterleitung an
	Gesundheit					
G1	Den Sozialstaat stärken und reformieren - vollständige paritätische Finanzierung der Krankenversicherung wiederherstellen	SPD-OV Sand a.M	Sabine Dittmar	<i>Annahme</i>	<i>Einstimmig</i>	<i>Bundesparteitag Bundestagsfraktion</i>
G2	Für ein Umdenken in der Verbotspolitik	SPD Unter- bezirks- parteitag WÜ-Stadt	Sabine Dittmar	<i>Annahme in geänderter Form</i>	<i>Antragssteller war mit 2 Vorschlägen der Antragskommission nicht einverstanden; Abstimmung darüber: jeweils 14 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung gegen den Vorschlag der Antragskommission (Streichung) Endabstimmung: Bei 1 Nein-Stimmung und 3 Enthaltungen angenommen</i>	<i>In geänderter Form an: Landesparteitag Bundesparteitag</i>

Anträge zum Bezirksparteitag, 04 Juni 2016

Nr.	Thema	Antrag- stellerIn	BE	Votum BeVo	Beschluss Parteitag	Weiterleitung an
	Partei					
<i>P1</i>	Antragsdatenbank	Juso-BeKo	Marietta Eder	<i>erledigt</i>	<i>Bei 1 Enthaltung angenommen</i>	--
<i>P2</i>	Sozialdemokratische Grundwerte als Koordinatensystem für unser politisches Handeln in den Fokus rücken!	SPD-UB SW/KT SPD KV SW	Muchtar Al Ghusain	<i>Annahme</i>	<i>Einstimmig</i>	--
<i>P3</i>	Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten	SPD-KV SW	Katharina Räth	<i>Annahme</i>	<i>Einstimmig</i>	--
<i>P4</i>	Wohlstandsgerechtigkeit	SPD Unterbezirks parteitag Wü- Stadt	Volkmar Halbleib	<i>Annahme in geän- derter Form</i>	<i>Nichtübernommener Änderungsantrag zum Komplex Mindestlohn: 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung für das Votum der Antragskommission (Streichung/Nicht- Änderung) Endabstimmung: Bei 1 Enthaltung angenommen</i>	<i>In geänderter Form an: Landesparteitag Bundesparteitag</i>

	Thema	AntragstellerIn	BE	Votum BeVo	Beschluss Parteitag	Weiterleitung an
	Verkehr					
V1	Besteuerung von Kerosin für gewerbliche Flüge	Juso Bezirkskonferenz	Volkmar Halbleib	<i>Ablehnung</i>	<i>Änderung des Votums auf „Überweisung an BT-Fraktion“: Bei 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen</i>	<i>Bundestagsfraktion</i>
V2	Der Feldversuch für Lang-LKW (> 25 m) soll zum 31.12.2016 beendet werden. Keine Zulassung nach dem 31.12.2016 für Lang-LKW (> 25 m)	SPD OV Kleinostheim	Volkmar Halbleib	<i>Annahme</i>	<i>Bei 1 Nein-Stimme angenommen</i>	<i>Landesparteitag</i>
V3	Dieselbesteuerung	Juso-Bezirkskonferenz	Volkmar Halbleib	<i>Weiterleitung an die Bundestagsfraktion</i>	<i>Bei 4 Nein-Stimmen angenommen</i>	<i>Bundestagsfraktion</i>
V4	Verkehrsinfrastruktur ist ein Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge – Die SPD lehnt Privatisierungsvorhaben mit der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft ab	SPD-Ortsverein Sand am Main	Bernd Rützel	<i>Annahme</i>	<i>Einstimmig</i>	<i>Bundesparteitag Bundestagsfraktion</i>

Anträge zum Bezirksparteitag, 04 Juni 2016

	Thema	AntragstellerIn	BE	Votum BeVo	Beschluss Parteitag	Weiterleitung an
	Wohnen					
W1	Nachvollziehbare Nebenkostenabrech- nung für MieterInnen	Juso BeKO	Georg Rosen- thal	<i>Annahme</i>	<i>Änderung des Votums auf: „Weiterleitung an die BT-Fraktion“: Bei wenigen Nein- Stimmen angenommen</i>	<i>Bundestagsfraktion</i>

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. A 1**

4
5 **AntragstellerIn:** SPD-Ortsverein Sand am Main

6
7 **AdressatInnen:** **SPD-Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD-**
8 **Bundestagsfraktion**

9
10
11 **Das Rentenpaket weiterentwickeln – Den Lebensstandard im Alter**
12 **sichern**

13
14 Mit dem abschlagsfreien Rentenbezug nach 45 Versicherungsjahren, der
15 "Mütterrente" mit der höheren Bewertung von Kindererziehungszeiten für vor
16 1992 geborenen Kindern und höheren
17 Erwerbsminderungsrenten konnte die SPD in der jetzigen
18 Regierungsverantwortung erstmals seit Jahrzehnten wieder strukturelle
19 Verbesserungen im Rentenrecht verankern.

20
21 Die Grundrichtung des Maßnahmenpakets stimmt: es bringt
22 Leistungsverbesserungen für viele Millionen Menschen und korrigiert
23 rentenpolitische Fehlentscheidungen der Vergangenheit. Auch jüngere
24 Jahrgänge profitieren vom Rentenpaket der Bundesregierung: denn auch sie
25 können nach 45 Versicherungsjahren künftig zwei Jahre früher ohne
26 Abschläge in Rente gehen.

27
28 Der SPD Bezirksparteitag begrüßt daher das beschlossene Rentenpaket als
29 wichtigen rentenpolitischen Fortschritt. Es markiert erste wichtige Schritte auf
30 dem Weg zu einer grundlegenden Revitalisierung der gesetzlichen Rente. Das
31 sind Schritte in die richtige Richtung und ein Erfolg der SPD.

32
33 Doch die Strukturprobleme bleiben: Die Rentenreformen der vergangenen
34 Jahrzehnte haben mit drastischen Leistungskürzungen schwerwiegende
35 Versorgungsprobleme für heutige und vor allem für kommende Generationen
36 aufgetürmt. Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf. Der SPD-
37 Bezirksparteitag fordert deshalb dazu auf, mit dem „Rentenpaket“ nicht auf
38 halbem Weg stehen zu bleiben. Nötig sind weitere Reformschritte!
39 Die sozialen Reformansätze der SPD müssen durch ein Finanzierungskonzept
40 begleitet werden. Fair und notwendig ist ein System in dem alle einzahlen,
41 auch die Kapitalvermögen. Die Finanzierung einer lebensstandardsichernden
42 Rente ist nur unter Berücksichtigung der Einbindung des zunehmenden
43 Vermögenkapitals möglich und damit auch eine Aufgabe der
44 Verteilungsgerechtigkeit. Es ist falsch, allein den Beitragszahlern der

- 45 gesetzlichen Altersversicherung Leistungen aufzubürden, die die ganze
46 Gesellschaft angehen.
- 47 Die Bundes-SPD wird aufgefordert den Bundestagswahlkampf 2017 zu nutzen,
48 um die Dringlichkeit zentraler rentenpolitischer Weichenstellungen ab Beginn
49 der nächsten Legislaturperiode hervorzuheben. „Für eine Rente mit Niveau!“
50 Die rentenpolitisch vordringliche Aufgabe liegt in der generellen Stärkung der
51 gesetzlichen Rente. Dazu fordert die SPD:
- 52 • Das Rentenniveau darf nicht weiter absinken, sondern muss angehoben
53 werden. Die Rente muss den Lebensstandard im Alter absichern.
 - 54 • Die Renten müssen wieder an die allgemeine Einkommensentwicklung
55 angekoppelt werden.
 - 56 • Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer
57 Erwerbstätigenversicherung erweitert, Selbstständige, Freiberufler, Beamte
58 und Parlamentarier schrittweise einbezogen werden.
- 59 Diejenigen, die aufgrund ihrer Erwerbsbiografie keine ausreichenden
60 Anwartschaften in der gesetzlichen Rente erwerben konnten, müssen vor
61 Armut und sozialem Abstieg im Alter geschützt werden. Um der Altersarmut
62 von Frauen entgegenzuwirken, müssen Nachteile am Arbeitsmarkt und die
63 Diskriminierung bei den Einkommen beseitigt, aber auch niedrige
64 Rentenbeträge aufgewertet werden.
- 65 Daher setzt sich die SPD dafür ein,
- 66 • niedrige Einkommen steuerfinanziert aufzuwerten,
 - 67 • wieder Beiträge für Langzeitarbeitslose in die Rentenkasse zu entrichten,
 - 68 • die Grundsicherung anzuheben und einen Freibetrag für Alterseinkünfte aus
69 gesetzlicher Rente und Betriebsrenten bei der Einkommensanrechnung
70 einzuführen.
- 71 Die SPD fordert daher:
- 72 • Besonders langjährig Versicherten muss ein abschlagsfreier Rentenzugang
73 mit 45 Versicherungsjahren ermöglicht werden. Diese Regelung muss allen
74 Jahrgängen und nicht nur ausgewählten offenstehen.
 - 75 • Tarifliche Lösungen für flexible Übergänge müssen mit öffentlichen Mitteln
76 gefördert werden (neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit). Wer
77 gesundheitlich bedingt noch früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss,
78 der hat keine Wahlfreiheit. Daher setzt sich die SPD dafür ein, dass
 - 79 • erwerbsgeminderte Menschen materiell besser abgesichert werden und
80 • der Zugang zu einer Erwerbsminderungsrente erleichtert wird.
- 81 Die SPD macht Vorschläge für Leistungsverbesserungen um eine solidarische
82 Finanzierungsalternative zu ergänzen:
- 83 • die Einnahmehbasis durch eine Erwerbstätigenversicherung zu verbreitern,

- 84 • eine Demografie-Reserve durch eine moderate Beitragssatzentwicklung
85 aufzubauen,
- 86 • versicherungsfremde Leistungen wie die „Mütterrente“ und Maßnahmen zur
87 Armutsbekämpfung über Steuern zu finanzieren.
- 88 • Die Arbeitgeber sind gesetzlich zu verpflichten, allen Beschäftigten eine
89 betriebliche Altersversorgung (bAV) anzubieten (Arbeitgeberobligatorium).
90 Dabei ist die ausreichende und verbindliche Beteiligung der Arbeitgeber an
91 der Finanzierung sicherzustellen.
- 92 • Die Sicherheit der Betriebsrenten in allen Durchführungswegen muss
93 gesetzlich sichergestellt werden.
- 94 • Die Fristen zur Erreichung der Unverfallbarkeit von Betriebsrenten müssen
95 deutlich verkürzt werden und Ansprüche aus Betriebsrenten müssen beim
96 Arbeitgeberwechsel vollständig übertragen werden.
- 97 • Der Arbeitgeber muss dazu verpflichtet werden, grundsätzlich alle drei Jahre
98 die Betriebsrenten anzupassen.
- 99 Statt die Generationen gegeneinander auszuspielen, wirbt die SPD für den
100 Dialog der Generationen und für ihre Vorstellungen von einer solidarischen
101 Rentenpolitik. Mit ihren rentenpolitischen Reformvorstellungen setzt sie auf
102 eine Weiterentwicklung des Solidarprinzips und auf einen angemessenen
103 Sozialausgleich zwischen den Generationen.

104

105

106	Votum BeVo/Antragskommission:	Annahme
107	Beschluss Parteitag:	einstimmig
108	Weiterleitung an:	Landesparteitag
109		Bundesparteitag
110		Bundestagsfraktion

111

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2 3 **Antrag Nr. A 2**

4
5 AntragstellerIn: Juso -Bezirksvorstand

6 AdressatInnen: Landesvorstand - Arbeitsgemeinschaft Digitales Leben

7 8 **Digitalisierung der Arbeitswelt**

9
10 Die Digitalisierung wirkt sich in immer stärkerem Ausmaß auf die Arbeitswelt aus.
11 Dennoch stellen sowohl industriell geprägte Arbeitswelten als auch die traditionellen
12 Strukturen des Dienstleistungsbereichs immer noch die Referenzmodelle des
13 Arbeitslebens dar.

14 Die traditionellen Modelle basieren vor allem auf drei Faktoren:

- 15
16 1. Arbeit hat ihren festen Ort.
17 2. Arbeit hat feste Zeiten.
18 3. Arbeit hat die Standardform des Normalarbeitsverhältnisses.

19
20 Doch diese und andere Grundpfeiler der Arbeitswelt geraten im Zuge der
21 Digitalisierung unter steigenden Veränderungsdruck.

22 Wir sehen in der Digitalisierung der Arbeitswelt neben Problemen aber auch
23 zahlreiche neue Möglichkeiten:

24 25 **Neue Freiheiten für ArbeitnehmerInnen:**

26 Die Digitalisierung eröffnet für viele Erwerbstätige neue Gestaltungsspielräume, wie
27 sie in der industriell geprägten Arbeitswelt nicht existierten. Dieses Potenzial ist
28 grundsätzlich positiv zu betrachten. So bietet die Digitalisierung insbesondere die
29 Möglichkeit, räumlich und zeitlich flexibel zu arbeiten. Traditionell starre
30 Arbeitsmodelle müssen daher überdacht werden. Gleichzeitig müssen im Rahmen
31 dieser Dynamisierung die ArbeitnehmerInnenrechte geschützt und gestärkt werden.

32 Viele, insbesondere junge Leute, wollen ihren Arbeitsablauf flexibel gestalten
33 können. Genauso arbeiten viele lieber ortsunabhängig an der Stelle, die ihnen am
34 attraktivsten erscheint. Das kann ein Café, ein Büro im Unternehmen oder zu Hause
35 sein. Das Internet erlaubt uns, von überall aus mühelos auf arbeitsrelevante Daten
36 und Programme zugreifen zu können.

37 Wir fordern, dass diese neue räumliche und zeitliche Mobilität sinnvoll genutzt wird,
38 um

- 39 • die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern
40 • Menschen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit zu geben, ein selbstbestimmtes
41 Leben zu führen und die Teilhabe am Arbeitsprozess zu eröffnen
42 • zur Erweiterung zeitlicher Dispositionsspielräume der Beschäftigten beizutragen
43 • die Motivation und Arbeitszufriedenheit der ArbeitnehmerInnen zu steigern
44 • durch die Reduzierung des Pendelverkehrs unnötigen Straßenverkehr zu
45 vermeiden

48 Neue Belastungen für ArbeitnehmerInnen:

49 Eröffnet die örtliche und zeitliche Flexibilität digitaler Arbeit den Beschäftigten
50 einerseits neue Spielräume, so ist sie andererseits auch mit sehr konkreten
51 Belastungen und problematischen Zumutungen verbunden.

52 Hier sind zwei Aspekte vorrangig: Zum einen der Druck, ständig erreichbar und
53 verfügbar sein zu müssen, zum anderen eine gerade bei mobiler Arbeit außerhalb
54 von Betriebsstätten oft suboptimale ergonomische Beschaffenheit von Arbeitsmitteln
55 und Arbeitsumfeld.

56 In der digitalisierten Welt werden Leistungsunterschiede zwischen MitarbeiterInnen
57 immer sichtbarer. Dadurch entsteht ein ungeheurer psychischer Druck auf
58 ArbeitnehmerInnen.

59 Wir fordern deswegen einen respektvollen Umgang mit der Freizeit der
60 ArbeitnehmerInnen und ein Ende des aggressiven Leistungsvergleiches.

61 Allen Erwerbstätigen muss ein exakt benanntes Recht auf Nichterreichbarkeit
62 eingeräumt werden, dass von allen am Arbeitsprozess Beteiligten ohne daraus
63 resultierende Konsequenzen zu respektieren ist. Keine einzige arbeitnehmende
64 Person darf für die Arbeitgebenden, Vorgesetzten oder Mitarbeitenden beruflich
65 länger als zehn Stunden am Tag erreichbar sein. Jede Woche muss es für jedeN
66 ArbeitnehmerIn mindestens 31 Stunden am Stück geben (ein Tag und zusätzliche
67 acht Stunden Schlaf), an denen sie ebenfalls nicht beruflich erreichbar sein dürfen.

68 Von unserer Forderung, die Menschen nicht nach Leistung, sondern nach Arbeit zu
69 bezahlen, werden wir nicht abweichen.

70 Mobile digitale Arbeit findet häufig unter ungünstigen ergonomischen Bedingungen
71 statt. So sind die hier benutzten Arbeitsmittel häufig nicht für eine
72 gesundheitsverträgliche Dauernutzung geeignet. Auch die vielfach wechselnden
73 Umgebungen wie Züge, Autos, Hotelzimmer usw. sind hinsichtlich des Mobiliars, der
74 Lichtverhältnisse, der Geräuscheinwirkungen und weiterer Umgebungsfaktoren
75 häufig sehr ungünstig.

76 Wir fordern, dass die Langzeitwirkungen dieser ungünstigen ergonomischen
77 Bedingungen auf die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen weiter erforscht werden und
78 Regulierungsvorgaben erarbeitet werden, damit auch mobile digitale Arbeit ohne
79 gesundheitliche Risiken für die ArbeitnehmerInnen betrieben werden kann.

80

81 Prekäre Beschäftigung:

82 Die digitale Vernetzung ist technisch so weit fortgeschrittenen, dass
83 Produktionsprozesse durch Modularisierung, Netzbildung und Virtualisierung
84 standortverteilt, telekooperativ und zeitlich begrenzt organisiert werden können und
85 dies zu niedrigen Transaktionskosten, hinsichtlich der Material- und Energiekosten
86 oft zu Lasten der BearbeiterInnen. Dadurch steigt die Zahl der nur kurzfristig und
87 instabil, auf Dienst- oder Werkvertragsbasis prekär Beschäftigten.

88 Auch das sogenannte „Crowdsourcing“ wird immer häufiger genutzt. Unternehmen
89 lagern hier zur Herstellung oder Nutzung eines Produktes, Aufgaben in Form eines
90 offenen Aufrufs über das Internet aus. Ziel ist dabei, InternetnutzerInnen mit geringer
91 oder gar keiner finanziellen Entschädigung zur Mitarbeit zu bewegen.

92 Wir fordern klare Richtlinien, um prekärer Beschäftigung auch bei digitaler Arbeit
93 entgegenzuwirken und setzen uns auch hier für gute Arbeitsbedingungen ein.

94

95 **ArbeitnehmerInnenvertretung**

96 Wenn allerdings die meisten Arbeitnehmenden den Arbeitsort permanent frei wählen
 97 können und sehr viele sich dafür entscheiden, zu Hause zu arbeiten, sorgt das auch
 98 dafür, dass die ArbeitnehmerInnen sich deutlich weniger tatsächlich sehen und so
 99 auch deutlich weniger außerhalb der direkten Arbeitszeit (wie beispielsweise in
 100 Pausen) miteinander sprechen. Wie soll eine ArbeitnehmerInnenvertretung wirksam
 101 sein, wenn die ArbeitnehmerInnen kaum Gelegenheit haben, sich über ihre
 102 Arbeitsbedingungen auszutauschen? Diese Unterbindung von wirksamer
 103 ArbeitnehmerInnenvertretung durch Nichtkommunizieren steht im absoluten
 104 Widerspruch zu den Grundwerten der ArbeiterInnenbewegung. Für uns ist klar, dass
 105 es regelmäßige Treffen der gesamten ArbeitnehmerInnenschaft mehrmals jährlich
 106 geben muss, bei denen sich die ArbeitnehmerInnen über ihre Arbeitsbedingungen
 107 austauschen. Sie müssen die tatsächliche Möglichkeit haben, gemeinsam für ihre
 108 Ziele zu kämpfen. Diese regelmäßigen Treffen müssen sowohl in Betrieben mit als
 109 auch ohne Betriebsräte stattfinden. Wenn irgend realisierbar, haben sich bei
 110 Unternehmen mit mehreren Betrieben, die unterhalb bestimmter
 111 MitarbeiterInnenzahlen liegen, die MitarbeiterInnen der gesamten Unternehmen zu
 112 treffen. Diese Treffen sind von den Unternehmen zu finanzieren.

113

114 **Ausreichende Qualifizierung in Aus-, Fort- und Weiterbildung:**

115 Die digitalisierte Arbeitswelt verlangt von den Erwerbstätigen zunehmend IT- und
 116 EDV-Kenntnisse. Gleichzeitig reduziert der Digitalisierungsprozess fortwährend
 117 traditionelle Arbeitsverhältnisse. Für erstmals oder wieder in den Arbeitsmarkt
 118 einsteigende Erwerbstätige fordern wir entsprechende schulische und
 119 außerschulische Möglichkeiten der Aus-, Fort- und Weiterbildung in den für die
 120 digitalisierte Arbeitswelt notwendigen Schlüsselqualifikationen.

121

122 **Globale Verlagerung von Arbeit:**

123 Die Digitalisierung schafft die technische Basis für eine erleichterte Verlagerung von
 124 Arbeit über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hinweg und dies zu
 125 vergleichsweise niedrigen Kosten. Insbesondere die Software-Produktion oder die
 126 Wartung von IT-Systemen stand im Zentrum dieser Entwicklung. Doch mittlerweile
 127 sind davon vor allem „Business Process Services“ aus Bereichen wie Buchhaltung,
 128 KundInnenbetreuung, Reisekostenabrechnung oder Finanzdienstleistungen usw.
 129 betroffen. Outsourcing wird hier vor allem betrieben, um Kosten zu senken.
 130 Dem daraus resultierenden transnationalen Abwärtsdruck auf die Einkommens- und
 131 Arbeitsbedingungen muss entgegengetreten werden. Wir fordern deswegen arbeits-,
 132 sozial- und tarifvertragliche Regulierungen.

133

134 **Votum BeVo/Antragskommission:** **Annahme als**
 135 **Material an AG Digitales Leben**

136 **Beschluss Parteitag:** **Bei 1 Nein-Stimme und 2**
 137 **Enthaltung angenommen**

138 **Weiterleitung an:** **Landesvorstand, AG Digitales Leben**

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04.Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. A 3**

4
5 Antragstellerinnen: Vorstand AsF-Unterfranken

6 AdressatInnen: Weiterleitung an die Fraktionen in Bund, Land und Bezirk

7
8
9 **Solidarische Lebensleistungsrente armutssicher gestalten**

10
11 Ab 2017 will die Bundesregierung die solidarische Lebensleistungsrente einführen,
12 um Altersarmut zu bekämpfen. Die Rentenanwartschaft für langjährig Beschäftigte
13 soll aus Steuergeldern auf 30 Entgeltpunkte aufgestockt werden.

14 Voraussetzung für die solidarische Lebensleistungsrente sind bis 2023 35
15 Beitragsjahre und mindestens 5 Jahre private Altersvorsorge.

16 Wer wenig verdient, kann sich nicht zusätzlich privat fürs Alter absichern. Da Frauen
17 vorrangig in kleinen und mittleren Betrieben arbeiten, hat die Mehrheit auch keinen
18 Zugang zur betrieblichen Altersvorsorge.

19 Wer ab 2023 in Rente geht, muss 40 Beitragsjahre und 35 Jahre private
20 Altersvorsorge nachweisen.

21 Die solidarische Lebensleistungsrente in dieser Form ist kein geeignetes Mittel, um
22 Altersarmut zu bekämpfen, zumal 30 Entgeltpunkte ab 2020 wegen der Absenkung
23 des Rentenniveaus auch nicht mehr ausreichen, um den Grundsicherungsbedarf zu
24 decken.

25 Frauen sind nach dem vorliegenden Konzept wieder einmal die Dummen, obwohl
26 hauptsächlich Frauen von Altersarmut betroffen sind. Deswegen lehnen wir diese
27 Form der solidarischen Lebensleistungsrente ab.

28
29 Stattdessen fordern wir:

- 30
31 - Sozialversicherungspflicht ab dem 1€
32 - Anhebung des Mindestlohns auf min. 11,50€ durch die
33 Mindestlohnkommission
34 - Einführung einer Individualbesteuerung
35 - Zugang zu einer betrieblichen Altersvorsorge für alle Erwerbstätigen
36 - Abschaffung des Betreuungsgeldes
37 - Absenkung des Rentenniveaus rückgängig machen

38
39
40 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme in geänderter Form**

41 **Beschluss Parteitag: In der Endabstimmung bei**
42 **1 Nein-Stimme und 2**
43 **Enthaltungen angenommen**

44 **Weiterleitung an: Fraktionen in Bund, Land, Bezirk**

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. A 4**

4
5 Antragsteller: SPD OV Sand am Main
6 Adressaten: SPD Bundestagsfraktion

7
8 **Abschaffung der sachgrundlosen Befristung bei Arbeitsverträgen**

9
10 Die SPD fordert unbefristete Arbeitsverträge müssen wieder die Regel werden.
11 Befristete Arbeitsverhältnisse sind auf ein unvermeidbares Maß zurückzuführen.
12 Dazu zählt die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung nicht. Die Möglichkeiten
13 zur Befristung ohne Sachgrund im Teilzeit- und Befristungsgesetz sind zu streichen.
14 Es ist notwendig, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen, um für mehr Sicherheit
15 im Erwerbsverlauf zu sorgen.

16 **Diese Forderung soll Bestandteil des nächsten Bundeswahlprogrammes**
17 **werden.**

18 **Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Sinne des Antrags**
19 **gesetzliche Initiativen zu ergreifen.**

20
21 **Begründung:**

22 Danach befragt, was für sie eine gute Arbeit ausmacht, sagen nach Umfragen der
23 DGB-Gewerkschaften eine überwältigende große Anzahl der Befragten, dass ein
24 unbefristeter Arbeitsvertrag für sie sehr wichtig sei. Im Gegensatz zu einem zeitlich
25 befristeten Vertrag erlaubt er die Planung der eigenen Zukunft. Ein befristeter
26 Arbeitsvertrag bedeutet dagegen für die Betroffenen unsichere Lebens- und
27 Berufsperspektiven. Befristete Arbeitsverträge haben sich in den vergangenen
28 Jahren stark ausgebreitet. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat
29 berechnet, dass der Anteil befristeter Beschäftigung an der
30 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 4,7 Prozent im Jahr 1996 auf über
31 10 Prozent angestiegen ist.

32 Vor allem bei neuen Verträgen ist der Anteil der Befristungen hoch. Besonders häufig
33 betroffen sind junge Beschäftigte. Damit wird ihnen die Chance genommen, ihr
34 Leben auf der Grundlage eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses mit einer gewissen
35 Sicherheit planen zu können.

36 Auch aus arbeitsrechtlicher Perspektive sind befristete Arbeitsverhältnisse
37 hochproblematisch, da sie den Kündigungsschutz aushöhlen.

38
39 Beschluss der Mitgliederversammlung 04.04.16

40
41
42 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme**

43 **Beschluss Parteitag: einstimmig**

44 **Weiterleitung an: Bundestagsfraktion**

Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**Antrag Nr. B 1**

AntragstellerIn: Juso-Bezirkskonferenz
AdressatInnen: Bezirks-, Landes-, Bundesparteitag der SPD

Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!

Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe des Staates und würde für eine erhebliche Verbesserung im Leben vieler junger Menschen sorgen, doch leider kommt der Staat dieser Aufgabe oft nicht nach und gibt sie stattdessen in private Hand. Dies beginnt bereits bei den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Per Gesetz besteht zwar seit 2013 für jedes Kind ab einem Alter von einem Jahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dennoch wird dieser Anspruch bis heute nicht erfüllt, weil die entsprechenden Kapazitäten nicht bereit gestellt werden.

Das Bildungssystem ist vollkommen unterfinanziert. Das Recht auf gute Bildung, die gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Teilhabe ermöglicht, ist ein Menschenrecht und darf als solches nicht von fiskalen „Sachzwängen“ abhängig gemacht und in private Hände abgegeben werden. Wir wollen eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, um so ein qualitativ hochwertiges und gerechtes Bildungssystem zu ermöglichen.

Deshalb fordern wir:**Freier Zugang zu Bildungseinrichtungen**

Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule müssen Bildungsbarrieren abgebaut werden. Der Bund muss die Länder und Kommunen mit ausreichend Geld ausstatten, damit diese genug qualitativ hochwertige Krippen- und KiTa-Plätze, Schulen sowie Studienplätze finanzieren können, damit jeder und jede die Bildung bekommt, die er oder sie möchte. Gerade private Bildungseinrichtungen erheben Gebühren und sind hoch selektiv. Die Chance auf Bildung darf nicht von der finanziellen Situation oder dem gesellschaftlichen Stand des Elternhauses abhängig sein. Wir lehnen jegliche Art von Bildungsgebühren, sowie jegliche Kosten, die für Bildung anfallen, ab.

Neben Programmen zur Förderung von Menschen mit besonders guten Leistungen, sollen Förderprogramme für sozial Benachteiligte konzipiert werden, damit ein gerechter und freier Zugang zu Bildungseinrichtungen für alle möglich ist

46 **Unabhängige Bildungseinrichtungen**

47 Ziel von Bildung ist es auch, zu lernen, unabhängig und kritisch zu sein. Das
48 funktioniert nicht, wenn Bildungseinrichtungen in die Abhängigkeit von privaten
49 Unternehmen geraten, weil diese sie sponsern. Private Finanziere dürfen keinen
50 direkten oder indirekten Einfluss auf Stundenpläne, Bildungsinhalte oder
51 grundsätzliche Ausrichtungen von Bildungseinrichtungen haben. Kooperationen
52 zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen sollen weiterhin erlaubt sein,
53 solange die Bildungseinrichtungen davon profitieren und die Bildungseinrichtung
54 ihrem freien Lehrauftrag gerecht wird.“ Auch Weiterbildungsmöglichkeiten müssen
55 allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für lebenslanges
56 Lernen ein, das allen Menschen unabhängig ihrer finanziellen Stellung möglich ist.
57 Daher bleiben wir bei der Forderung nach absoluter Lehrmittelfreiheit.

58 Außerdem muss Bildung einer zivilen und friedlichen Gesellschaft verpflichtet sein.
59 Militär hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen! Deswegen fordern wir
60 die Einführung der Zivilklausel in allen Hochschulen.

61

62 **Kooperationsverbot abschaffen!**

63 Überfüllte Klassen, marode Bauten, in denen unterrichtet wird und mangelhafte
64 Unterrichtsversorgung sind Alltag im deutschen Schulsystem; der Grund dafür ist
65 die permanente Unterfinanzierung der Bildungsinstitutionen. Um eine
66 ausreichende Finanzierung der Bildung sicherzustellen, genügen die finanziellen
67 Mittel der Länder nicht. Daher muss der Bund die Haushaltsumlagen erhöhen um
68 eine fortschrittlichere Bildungspolitik zu ermöglichen. Zudem muss das
69 Kooperationsverbot für den gesamten Bildungsbereich aufgehoben werden.

70

71 **Wettbewerb um finanzielle Mittel entgegenreten**

72 Auf dem Weg hin zu einem gerechten Bildungssystem müssen wir weg von einem
73 anreiz- und wettbewerbsorientierten System. Der Wettbewerb zwischen
74 Bildungseinrichtungen untereinander lähmt den Bildungsbetrieb. Gerade im
75 Hochschulbereich leiden am Ende die Qualität der Lehre und Forschung. Gute
76 Bildung entsteht unserer Meinung nach nur dann, wenn die Rahmenbedingungen
77 stimmen. Staatliche Bildungseinrichtungen dürfen sich nicht an Prestigeprojekten
78 aufhängen, sondern müssen dazu befähigt werden, sich auf ihre
79 Kernkompetenzen zu konzentrieren. Außerdem muss der Einfluss
80 marktwirtschaftlicher Unternehmen an Hochschulen deutlich eingeschränkt
81 werden. Drittmittelfinanzierung von Lehre und Forschung lehnen wir ab!

82

83 **Kommunen besser finanzieren**

84 Kommunen müssen besser finanziert werden, damit diese Bibliotheken, staatliche
85 Museen und andere staatliche Kultureinrichtungen erhalten und den Bürgerinnen
86 und Bürgern freien Zugang ermöglichen können. Zudem müssen ausreichend
87 finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um Schließungen von kleinen Schulen aus
88 Geldmangel zu verhindern und marode Schulbauten zu sanieren. Der Landkreis
89 soll der Sachaufwandsträger für sämtliche Schulen werden. Lange Schulwege
90 dürfen kein Hinderungsgrund für weiterführende oder höhere Bildung sein. Gerade

91 in ländlicheren Regionen sind Schulen ein wichtiger Anker und können
 92 strukturschwachen Regionen Auftrieb geben.

93

94 **Inklusive Bildung ermöglichen**

95 Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft
 96 gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere
 97 soziale, infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und überwinden. Zudem muss
 98 Inklusion zur Selbstverständlichkeit werden. Alle Bildungsstätten, sowie alle
 99 anderen öffentlichen Einrichtungen, müssen barrierefrei werden. Alle Menschen,
 100 die in Bildungseinrichtungen arbeiten, müssen entsprechend geschult werden.

101 Wir brauchen Vielfalt im Bildungssystem, die private Bildungsanbieter nicht
 102 gewährleisten. So nehmen beispielsweise einige Privatschulen nur Jungen oder
 103 Mädchen auf, oder nur Kinder einer bestimmten Konfession. Nur wenn
 104 Menschen egal welcher Hautfarbe, welchen Geschlechtes, welcher Herkunft,
 105 welcher Sexualität, welchen Glaubens oder welchen Einkommens miteinander
 106 lernen sind Inklusion und Integration verwirklicht. Konzepte privater Schulen
 107 können überprüft und übernommen werden.

108

109 **Ein solidarisches Steuersystem schaffen!**

110 Um den steigenden Finanzbedarf des Bildungsbereiches zu decken, braucht es
 111 Reformen auf der staatlichen Einnahmeseite. Eine Steuerreform, die hohe
 112 Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker in die Pflicht nehmen und
 113 niedrige Einkommen entlasten, ist überfällig. Eine solidarische
 114 Bildungsfinanzierung wie wir sie uns vorstellen, muss staatlich und solide sein,
 115 denn Bildung ist der Motor und Antrieb einer Gesellschaft.

116 Bildung war, ist und wird der Garant für Wohlstand auf der ganzen Welt. Sie ist
 117 unser wichtigster Rohstoff und sowohl Exportschlager als auch Magnet für schlaue
 118 Köpfe aus aller Welt. Demzufolge ist eine ausreichende Finanzierung
 119 unabdingbar. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Bildungsausgaben
 120 verschwindend gering.

121 Der Staat darf im Bereich der Bildung keine Verantwortung aus der Hand geben,
 122 dazu ist dieses Ressort einfach viel zu wichtig!

123

124

125	Votum BeVo/Antragskommission:	Ablehnung
126	Beschluss Parteitag:	B1 und B2 gemeinsam
127		abgestimmt: bei
128		28 Nein-Stimmen und 4
129		Enthaltungen angenommen

130	Weiterleitung an:	--
-----	--------------------------	-----------

131

132

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. B 2**

4
5 AntragstellerIn: Juso-Bezirkskonferenz
6 AdressatInnen: Bezirks-, Landes-, Bundesparteitag der SPD,
7
8

9 **Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!**

10
11
12 Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste gesellschaftliche
13 Aufgabe des Staates und würde für eine erhebliche Verbesserung im Leben vieler
14 junger Menschen sorgen, doch leider kommt der Staat dieser Aufgabe oft nicht
15 nach und gibt sie stattdessen in private Hand. Dies beginnt bereits bei den
16 Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Per Gesetz besteht zwar seit 2013 für
17 jedes Kind ab einem Alter von einem Jahr ein Rechtsanspruch auf einen
18 Betreuungsplatz. Dennoch wird dieser Anspruch bis heute nicht erfüllt, weil die
19 entsprechenden Kapazitäten nicht bereit gestellt werden.

20 Das Bildungssystem ist vollkommen unterfinanziert. Das Recht auf gute Bildung,
21 die gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Teilhabe ermöglicht, ist ein
22 Menschenrecht und darf als solches nicht von fiskalen „Sachzwängen“ abhängig
23 gemacht und in private Hände abgegeben werden. Wir wollen eine bessere
24 finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, um so ein qualitativ hochwertiges
25 und gerechtes Bildungssystem zu ermöglichen.
26

27 **Deshalb fordern wir:**

28 **Freier Zugang zu Bildungseinrichtungen**

29 Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule müssen Bildungsbarrieren
30 abgebaut werden. Der Bund muss die Länder und Kommunen mit ausreichend
31 Geld ausstatten, damit diese genug qualitativ hochwertige Krippen- und KiTa-
32 Plätze, Schulen sowie Studienplätze finanzieren können, damit jeder und jede die
33 Bildung bekommt, die er oder sie möchte. Gerade private Bildungseinrichtungen
34 erheben Gebühren und sind hoch selektiv. Die Chance auf Bildung darf nicht von
35 der finanziellen Situation oder dem gesellschaftlichen Stand des Elternhauses
36 abhängig sein. Wir lehnen jegliche Art von Bildungsgebühren, sowie jegliche
37 Kosten, die für Bildung anfallen, ab.

38 Neben Programmen zur Förderung von Menschen mit besonders guten
39 Leistungen, sollen Förderprogramme für sozial Benachteiligte konzipiert werden,
40 damit ein gerechter und freier Zugang zu Bildungseinrichtungen für alle möglich
41 ist
42

43 **Unabhängige Bildungseinrichtungen**

44 Ziel von Bildung ist es auch, zu lernen, unabhängig und kritisch zu sein. Das
45 funktioniert nicht, wenn Bildungseinrichtungen in die Abhängigkeit von privaten

46 Unternehmen geraten, weil diese sie sponsern. Private Finanziere dürfen keinen
47 direkten oder indirekten Einfluss auf Stundenpläne, Bildungsinhalte oder
48 grundsätzliche Ausrichtungen von Bildungseinrichtungen haben. Kooperationen
49 zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen sollen weiterhin erlaubt sein,
50 solange die Bildungseinrichtungen davon profitieren und die Bildungseinrichtung
51 ihrem freien Lehrauftrag gerecht wird.“ Auch Weiterbildungsmöglichkeiten müssen
52 allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für lebenslanges
53 Lernen ein, das allen Menschen unabhängig ihrer finanziellen Stellung möglich ist.
54 Daher bleiben wir bei der Forderung nach absoluter Lehrmittelfreiheit.
55 Außerdem muss Bildung einer zivilen und friedlichen Gesellschaft verpflichtet sein.
56 Militär hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen! Deswegen fordern wir
57 die Einführung der Zivilklausel in allen Hochschulen.

58

59 **Kooperationsverbot abschaffen!**

60 Überfüllte Klassen, marode Bauten, in denen unterrichtet wird und mangelhafte
61 Unterrichtsversorgung sind Alltag im deutschen Schulsystem; der Grund dafür ist
62 die permanente Unterfinanzierung der Bildungsinstitutionen. Um eine
63 ausreichende Finanzierung der Bildung sicherzustellen, genügen die finanziellen
64 Mittel der Länder nicht. Daher muss der Bund die Haushaltsumlagen erhöhen um
65 eine fortschrittlichere Bildungspolitik zu ermöglichen. Zudem muss das
66 Kooperationsverbot für den gesamten Bildungsbereich aufgehoben werden.

67

68 **Wettbewerb um finanzielle Mittel entgegenreten**

69 Auf dem Weg hin zu einem gerechten Bildungssystem müssen wir weg von einem
70 anreiz- und wettbewerbsorientierten System. Der Wettbewerb zwischen
71 Bildungseinrichtungen untereinander lähmt den Bildungsbetrieb. Gerade im
72 Hochschulbereich leiden am Ende die Qualität der Lehre und Forschung. Gute
73 Bildung entsteht unserer Meinung nach nur dann, wenn die Rahmenbedingungen
74 stimmen. Staatliche Bildungseinrichtungen dürfen sich nicht an Prestigeprojekten
75 aufhängen, sondern müssen dazu befähigt werden, sich auf ihre
76 Kernkompetenzen zu konzentrieren. Außerdem muss der Einfluss
77 marktwirtschaftlicher Unternehmen an Hochschulen deutlich eingeschränkt
78 werden. Drittmittelfinanzierung von Lehre und Forschung lehnen wir ab!

79

80 **Kommunen besser finanzieren**

81 Kommunen müssen besser finanziert werden, damit diese Bibliotheken, staatliche
82 Museen und andere staatliche Kultureinrichtungen erhalten und den Bürgerinnen
83 und Bürgern freien Zugang ermöglichen können. Zudem müssen ausreichend
84 finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um Schließungen von kleinen Schulen aus
85 Geldmangel zu verhindern und marode Schulbauten zu sanieren. Der Landkreis
86 soll der Sachaufwandsträger für sämtliche Schulen werden. Lange Schulwege
87 dürfen kein Hinderungsgrund für weiterführende oder höhere Bildung sein. Gerade
88 in ländlicheren Regionen sind Schulen ein wichtiger Anker und können
89 strukturschwachen Regionen Auftrieb geben.

90

91 **Inklusive Bildung ermöglichen**

92 Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft
 93 gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere
 94 soziale, infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und überwinden. Zudem muss
 95 Inklusion zur Selbstverständlichkeit werden. Alle Bildungsstätten, sowie alle
 96 anderen öffentlichen Einrichtungen, müssen barrierefrei werden. Alle Menschen,
 97 die in Bildungseinrichtungen arbeiten, müssen entsprechend geschult werden.
 98 Wir brauchen Vielfalt im Bildungssystem, die private Bildungsanbieter nicht
 99 gewährleisten. So nehmen beispielsweise einige Privatschulen nur Jungen oder
 100 Mädchen auf, oder nur Kinder einer bestimmten Konfession. Nur wenn
 101 Menschen egal welcher Hautfarbe, welchen Geschlechtes, welcher Herkunft,
 102 welcher Sexualität, welchen Glaubens oder welchen Einkommens miteinander
 103 lernen sind Inklusion und Integration verwirklicht. Konzepte privater Schulen
 104 können überprüft und übernommen werden.

105

106 **Ein solidarisches Steuersystem schaffen!**

107 Um den steigenden Finanzbedarf des Bildungsbereiches zu decken, braucht es
 108 Reformen auf der staatlichen Einnahmeseite. Eine Steuerreform, die hohe
 109 Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker in die Pflicht nehmen und
 110 niedrige Einkommen entlasten, ist überfällig. Eine solidarische
 111 Bildungsfinanzierung wie wir sie uns vorstellen, muss staatlich und solide sein,
 112 denn Bildung ist der Motor und Antrieb einer Gesellschaft.

113 Bildung war, ist und wird der Garant für Wohlstand auf der ganzen Welt. Sie ist
 114 unser wichtigster Rohstoff und sowohl Exportschlager als auch Magnet für schlaue
 115 Köpfe aus aller Welt. Demzufolge ist eine ausreichende Finanzierung
 116 unabdingbar. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Bildungsausgaben
 117 verschwindend gering.

118 Der Staat darf im Bereich der Bildung keine Verantwortung aus der Hand geben,
 119 dazu ist dieses Ressort einfach viel zu wichtig!

120

121

122

123 **Votum BeVo/Antragskommission: Ablehnung**

124 **Beschluss Parteitag:**

125

126

127

**B1 und B2 gemeinsam
 abgestimmt: bei
 28 Nein-Stimmen und 4
 Enthaltungen angenommen**

128 **Weiterleitung an:**

--

129

Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**Antrag Nr. D 1**

AntragstellerIn: Juso-Bezirkskonferenz
AdressatInnen: Landesparteitag der SPD

Netzneutralität

Seit dem Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre das World Wide Web das Internet für alle attraktiv und nutzbar gemacht hat, hat sich das Internet stark gewandelt. Statt der reinen Textübertragung werden mittlerweile alle möglichen Arten von Daten über das Internet verteilt (Sprach-, Video-, Echtzeitdaten usw.). Im Zuge der Digitalisierung werden in Zukunft jedoch noch mehr Daten durch das Internet fließen. Dabei ist es wichtig und unerlässlich, dass es klare Spielregeln gibt und dass jede Person eine ausreichende Bandbreite zur Verfügung hat, um an alle gewünschten Informationen zu gelangen. Des Weiteren ist zu beachten, dass keine Internet-Seiten oder Konzerne bei der Verbreitung bevorzugt werden, indem sie bestimmte Sonderbedingungen mit den Netzbetreibern aushandeln, denn dies würde viele kleine Alternativen und Start-Ups massiv in ihrer Entwicklung beeinträchtigen und die Marktführer weiter stärken, welche dadurch ihre Position zu Ungunsten möglicher Kunden*innen ausbauen können.

Nichtsdestotrotz ist eine reine Netzneutralität nicht erreichbar, da im Internet Überlastungssituationen prinzipiell möglich sind und diese zu starken Einbrüchen der Bandbreite führen können. Solche sogenannten Stausituationen treten regelmäßig auf, zum Beispiel dadurch, dass Router oder andere Netzelemente durch Verschleiß, Unfälle, usw. ausfallen. Solche Störungen können durchaus Stunden oder gar wenige Tage anhalten. Aber auch in solchen Überlastungssituationen müssen einige als essentiell zu betrachtende Internet-Dienste funktionieren.

Vor allem die Voice-Over-IP-Telefonie, die zunehmend die Analoge ersetzt, ist hier zu erwähnen. Da sie wie der Name schon sagt über das Internet läuft, ist auch die Telefonie in solchen Situationen gar nicht oder nur noch stark eingeschränkt möglich. Da die Telefonie weiterhin ein grundlegendes Kommunikationsmittel darstellt, muss es aber die Möglichkeit geben, dass dieser Dienst auch in der oben beschriebenen Situation zuverlässig funktioniert. Zusätzlich ist sie ein recht anfälliger Dienst (400ms Verzögerung machen die Telefonie fast unmöglich). Deshalb ist hier eine Priorisierung notwendig, welche in der reinen Netzneutralität nicht vorgesehen ist. Als noch kritischer sind Notrufe zu sehen, welche durch das Problem der Stausituationen ebenfalls betroffen sind. Ohne Vorrang kann es hier im schlimmsten Fall zu Toten kommen.

46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61

Forderung:

Jede Person ist im Internet gleichberechtigt, dass bedeutend keine Daten dieser Personen werden schneller ausgeliefert, als vergleichbare Daten anderer Personen. Dienstgruppen können unterschiedlich priorisiert werden und dem entsprechend mit unterschiedlichen Kosten und Übertragungsraten verteilt werden. Dienstgruppen sind zum Beispiel (Telefonie, Streaming, statische Webinhalte,...). Essenzielle Dienste müssen bevorzugt werden. (Zum Beispiel Voice-Over-IP).

Votum BeVo/Antragskommission:	Ablehnung
Beschluss Parteitag:	Bei 7 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen
Weiterleitung an:	--

Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**Antrag Nr. E 1**

AntragstellerIn: Juso-Bezirkskonferenz
AdressatInnen: Landes-, Bundesparteitag der SPD,

**Die Festung Europa einreißen - Fluchtwege legalisieren
– SchlepperInnen das Handwerk legen**

Es vergeht keine Woche, in der nicht Bilder von Menschen in Seenot vor den Küsten Europas durch die Nachrichten gehen. Meist müssen sich diese Menschen in die Hände skrupelloser Schlepper begeben. Meist reicht das Geld der Familien nur für eine Person, weshalb hier in Europa dreiviertel der ankommenden Flüchtlinge männlich sind. Das hat zur Folge, dass Familien oft Monate oder sogar Jahre getrennt sind, was eine zusätzliche Belastung für die Geflüchteten darstellt. Die neueren Entwicklungen und Entscheidungen der europäischen Regierungen zeigen, dass die Betroffenheitsbekundungen nur Lippenbekenntnisse sind. Die neu errichteten Grenz-Zäune und -Kontrollen zeigen ein abweisendes statt einladendes Bild für hilfeschuchende Menschen. Stattdessen ist diese Art der Flucht und Migrationspolitik verantwortlich dafür, dass Menschen auf den Fluchtrouten innerhalb und nach Europa sterben. Es ist Handeln gefragt um sichere Fluchtwege zu schaffen und das Konjunkturprogramm für Schlepper zu beenden. Beispielsweise gibt es seit einiger Zeit ein UNHCR-Programm, das sog. „Resettlment-Programm“, um syrische Geflüchtete aus den überfüllten Geflüchtetenlagern direkt in sichere Länder einzufliegen. Der Vorteil liegt klar darin, dass so der lukrative Markt für SchlepperInnen trocken gelegt wird, da es dann einen legalen, schnellen und sicheren Fluchtweg für hilfeschuchende Menschen in sichere Länder gibt. Leider sind die Kontingente im Vergleich zu der Anzahl der hilfeschuchenden Menschen in den Geflüchtetenlagern allein für syrische Geflüchtete nicht ausreichend. Statt Geld in sinnlose Abschottungsmaßnahmen wie Grenzzäune oder auch die Organisation FRONTEX zu stecken, muss man das Geld in dieses Programm stecken und ausbauen, um auch Menschen aus anderen Krisenregionen zu unterstützen.

Daher fordern wir:

- Ausbau des Resettlement-Programms und die Schaffung sicherer Fluchtwege. Es muss auch ermöglicht werden dass Familien gemeinsam einreisen und nicht getrennt werden.

- 43 • Die Möglichkeit in allen deutschen Botschaften Asyl zu beantragen.
- 44 • Die Reformierung von FRONTEX und die Unterstützung von Programmen, die
45 tatsächlich zur Rettung von Geflüchteten auf dem Mittelmeer und nicht zur
46 Abschottung Europas eingesetzt werden. Keine weitere Aushöhlung des
47 Asylrechtes durch die Ernennung von sicheren Herkunftsländern, und
48 Rücknahme der bestehenden Regelungen bzw. Abschaffung des Prinzips der
49 sicheren Herkunftsstaaten.
- 50 • Rücknahme der beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung zur
51 Wieder-Einführung des Sachleistungsprinzips.
- 52 • Rückbau der Grenzzäune in Europa und Einsatz der Bundesregierung für eine
53 gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, die eine
54 menschenwürdige Unterbringung und Behandlung der Geflüchteten beinhaltet
55 und entsprechende Standards festsetzt.
- 56 • Investitionen von min. 0,7% des BIPs in Entwicklungszusammenarbeit um
57 Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, sowie aktiven politischen Einsatz um
58 Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen.
- 59 • Entkriminalisierung von unentgeltlicher Fluchthilfe, die ausschließlich der
60 Unterstützung von Geflüchteten dient.

61

62 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme in geänderter Form**

63 **Beschluss Parteitag: einstimmig**

64 **Weiterleitung an: Landesparteitag**

65 **Bundesparteitag**

66

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2 **Antrag Nr. E 2**

3

4 AntragstellerIn: Juso-Bezirkskonferenz

5 AdressatInnen: Bezirks-, Landes-, Bundesparteitag der SPD,

6

7

8

Einwanderungsgesetz? – Ja, aber richtig!

9

10 **Einwanderung erleichtern**

11 Ein modernes Einwanderungsgesetz, man könnte es auch Integrationsgesetz
12 nennen, soll nicht dazu beitragen Deutschland und Europa weiter abzuschotten und
13 unseren Arbeitsmarkt zu „schützen“. Es soll Menschen, die – aus welchen Gründen
14 auch immer – nach Deutschland kommen wollen, die Möglichkeit geben, dies legal
15 zu tun und dabei auch noch die größtmögliche Unterstützung bei der Integration und
16 dem Aufbau eines neuen Lebens geben.

17 Wir Jusos sind der Überzeugung, dass es in der Einwanderungs- und
18 Integrationspolitik einen Perspektivwechsel braucht. Die bisherige Politik, die vor
19 allem auf Abschottung setzt und darauf abzielt Menschen, die hier Asyl suchen
20 möglichst schnell abzuschieben, ist gescheitert. Notwendig sind ein verbesserter
21 Schutz von verfolgten Menschen, die Schaffung eines umfassenden
22 Integrationsangebotes und der Abbau von Integrationshürden. Es ist deswegen gut
23 und richtig, dass die SPD Bundestagsfraktion das Thema Einwanderung in den
24 Fokus rückt. Um ein Einwanderungsgesetz zu gestalten, das unseren
25 sozialdemokratischen Ansprüchen genügt, braucht es eine breite Diskussion
26 innerhalb der SPD. Es muss aus unserer Sicht deswegen folgenden Punkten
27 entsprechen:

28

29 **Kein Punktesystem**

30 Ein Punktesystem nach kanadischem oder australischem Vorbild, das eine
31 Einwanderung von Menschen an ihr Alter, ihren Bildungsstand, ihre Herkunft oder
32 eine Arbeitsplatzzusage knüpft, lehnen wir entschieden ab. Ein neues
33 Einwanderungsgesetz darf Menschen nicht nach der Nützlichkeit für die deutsche
34 Wirtschaft beurteilen. Denn zum einen ist die Suche nach einem Arbeitsplatz bei
35 Weitem nicht der einzige Grund, warum Menschen nach Deutschland immigrieren
36 wollen und zum anderen widerspricht die Beurteilung von Menschen nach ihrer
37 ökonomischen Verwertbarkeit unserem sozialdemokratischen Menschenbild. Der
38 Glaube, man könne Engpässe auf dem Arbeitsmarkt mit restriktiver und
39 begrenzender Zuwanderungspolitik entgegenwirken ist falsch und macht Menschen
40 zu gesichtslosen Kalkulationsgrößen, die man wie alle anderen Rohstoffe auch nach
41 Belieben importieren bzw. exportieren kann. Und gibt es plötzlich einen Überschuss
42 in einer Berufsbranche, werden Visa nicht verlängert, die Einreisehürden z.B. für
43 Angehörige verschärft und damit Familien auseinandergerissen und Lebenspläne
44 zerstört. Und das alles nur zum Wohle der deutschen Wirtschaft.

45 Zudem zementiert das Abwerben von hochqualifizierten Arbeitskräften die globale
 46 Ungleichheit und schränkt deren Herkunftsländer in ihrer Entwicklung ein. Die
 47 Grenzen Deutschlands und Europas müssen offen sein für alle Menschen, nicht nur
 48 für besonders Wohlhabende oder Gebildete. Jeder und jede die oder der dauerhaft in
 49 Deutschland leben möchte, sollte auch ein uneingeschränktes Bleiberecht
 50 bekommen.

51

52 **Wahlrecht**

53 Wir Jusos setzen uns für das aktive und passive Wahlrecht für all jene ein, die ihren
 54 Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Integration heißt für uns Jusos,
 55 Chancengleichheit und Teilhabe für alle Menschen in diesem Land herzustellen –
 56 unabhängig von ihrer Herkunft. Dass Menschen, die hier geboren sind oder schon
 57 lange hier leben auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit kein Wahlrecht haben, ist
 58 deshalb ein Skandal und für den Integrationsprozess sehr schädlich. Nur wer
 59 politisch mitgestalten kann, hat auch die Chance zur Identifikation! Deshalb muss
 60 das Recht zu wählen von der Staatsbürgerschaft losgelöst und rein an den Wohnort
 61 gekoppelt werden. Wer in Deutschland mindestens drei Monate lebt, darf auch in
 62 Deutschland wählen.

63

64 **Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl**

65 Die derzeitigen Regelungen und die Rechtsstellung der Geflüchteten führen vielfach
 66 zu einer menschenunwürdigen Behandlung. Menschen, die fliehen mussten
 67 brauchen Ruhe und Verständnis und dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben
 68 werden. Wir fordern die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen
 69 gegen die Illegalisierung von Geflüchteten, gegen Abschiebungen, gegen jede Form
 70 von Sondergesetzen, wie die Residenzpflicht sowie gegen Sammellager.

71

72 **Integrationshürden abbauen**

73 Die jetzigen Zuwanderungsregeln sind zu komplex und machen die Integration von
 74 Einwanderungswilligen sehr schwer. Beispielsweise ist die Anerkennung
 75 ausländischer Berufsabschlüsse sehr schwierig und muss vereinfacht werden.
 76 Neben formalen Problemen sehen sich Einwanderwillige oft Rassismus und
 77 Diskriminierung ausgesetzt. Strukturelle Diskriminierung beim Zugang zu Bildung,
 78 zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen müssen
 79 beseitigt werden. Wir fordern für alle Menschen die gleichen Rechte beim Zugang zu
 80 Arbeitsmarkt und Gesundheitssystem.
 81 Gerade auch auf EU-Ebene sind die Regelungen sehr elitär und ermöglichen nur
 82 hochqualifizierten und bestverdienenden Nicht-EU-BürgerInnen den Zugang zum
 83 europäischen Arbeitsmarkt. Die in Anlehnung an die US-amerikanische *Green Card*
 84 sogenannte *Blue Card* erfordert ein konkretes Arbeitsplatzangebot, ein
 85 abgeschlossenes und anerkanntes Hochschulstudium und ein bestimmtes
 86 Bruttojahresgehalt. Dadurch ist der allergrößte Teil der potentiellen EinwanderInnen
 87 von brauchbaren Regelungen ausgeschlossen.

88

89

90 **Integrationsangebote ausbauen**

91 Integration ist ein dauerhafter Prozess, der mit dem Einreisewillen beginnt und nicht
 92 durch eine Prüfung gemessen werden kann oder beendet wird. Wer sich den
 93 ohnehin schon vielen Hürden stellt, die mit einer Einwanderung nach Deutschland
 94 verbunden sind, zeigt Integrationswillen und möchte Teil dieser Gesellschaft sein. Es
 95 braucht ein integrationspolitisches Gesamtkonzept, das sowohl Angebote zum
 96 Erlernen der deutschen Sprache und Maßnahmen zur Eingliederung in das Bildungs-
 97 und Beschäftigungssystem beinhaltet, als auch Initiativen zur Förderung der
 98 Akzeptanz in der Bevölkerung und der Bekämpfung von Rassismus. Zu den
 99 notwendigen Integrationsangeboten für die NeueinwandererInnen gehören u.a. eine
 100 umfassende Integrationsberatung, eine sozialpädagogische Begleitung und eine
 101 Kinderbetreuung für die Dauer der Integrationsmaßnahmen, als auch Basis- und
 102 Aufbausprachkurse. Ziel muss es sein, soziale und gesellschaftliche
 103 Benachteiligungen zu bekämpfen und eine eigenständige Lebensführung zu
 104 ermöglichen.

105 Ein Einwanderungsgesetz muss also demzufolge einen Rechtsanspruch auf
 106 Integrations- und Sprachkurse beinhalten. Dafür ist natürlich auch ein Bemühen der
 107 deutschen Behörden erforderlich, denn Integration ist keine Einbahnstraße und kann
 108 nicht von den NeueinwanderInnen allein gestemmt werden. Es bedarf einem breiten
 109 Ausbau der Integrationskurse, Investitionen in die Ausbildung von
 110 DeutschlehrerInnen, Weiterentwicklung von erfolgreichen Integrationsmodellen
 111 u.v.m.

112 Die bisherigen Möglichkeiten nach Deutschland einzuwandern sind sehr komplex
 113 und schwer zu durchschauen. Für viele gibt es nur eingeschränkte Möglichkeiten für
 114 eine langfristige Bleibeperspektive. Angesichts verschiedenster Aufenthaltstitel fehlt
 115 es an Klarheit und Transparenz, weshalb es dringend rechtliche Verbesserungen
 116 braucht. Denn Deutschland ist ein Einwanderungsland und muss dies auch endlich
 117 so kommunizieren. Also müssen Erleichterungen auch klar nach außen beworben
 118 werden, damit jede und jeder, der oder die nach Deutschland einwandern will, auch
 119 über die eigenen Rechte Klarheit bekommt.

120 Wir wollen keineswegs ein Einwanderungsgesetz, das ähnlich wie beispielsweise in
 121 den USA dazu dient, ob absichtlich oder durch fehlende Regelungen, billige
 122 Arbeitskräfte ins Land zu holen. ArbeitnehmerInnen sind ArbeitnehmerInnen! Ganz
 123 egal, ob sie in Deutschland geboren wurden oder nicht oder ob sie die deutsche
 124 Staatsbürgerschaft haben oder nicht. Dies bedeutet für uns: Ein
 125 Einwanderungsgesetz darf keine weiteren Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn
 126 oder andere Verschlechterungen bei ArbeitnehmerInnenrechten nach sich ziehen.

127

128 **Votum BeVo/Antragskommission: zurück an BeVo, dieser soll**
 129 **Veranstaltung hierzu durchf.**

130 **Beschluss Parteitag: Bei 10 Nein-Stimmen und 2**
 131 **Enthaltungen angenommen**

132 **Weiterleitung an: Bezirksvorstand**

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. E 3**

4
5 Antragstellerinnen: Vorstand AsF-Unterfranken

6 AdressatInnen: Weiterleitung an die Fraktionen in Bund, Land und Bezirk

7
8
9
10 **Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung**
11 **Frauenrechte sind Menschenrecht**

12
13
14 Frauen fliehen genau wie Männer vor Krieg, Folter, Hunger oder Armut, aber auch
15 aus geschlechtsspezifischen Gründen wie struktureller Diskriminierung, Ausbeutung
16 und sexualisierter Gewalt.

17 In Deutschland sind etwa 30% aller Flüchtlinge Frauen. Wenn sie bei uns
18 ankommen, sind sie oft traumatisiert. Die Unterbringung in gemischten, überfüllten
19 Unterkünften führt nicht selten zu erneuten Gewalterfahrungen und zur
20 Verschlimmerung der Situation.

21 Auch für Flüchtlingsfrauen muss Artikel 1 des Grundgesetzes gelten:
22 „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

23
24 Wir fordern

- 25 • die Anerkennung von frauenspezifischen Fluchtgründen auch in der Praxis
26 • Mindeststandards zum Schutz von Frauen besonders von alleinreisenden,
27 alleinerziehenden und traumatisierten Frauen bei der Unterbringung wie
28 abgetrennte, abschließbare Sanitäranlagen
29 • getrennte Bereiche für alleinreisende Frauen mit ihren Kindern, zu denen
30 Männer keinen Zutritt haben, auch kein männliches Wachpersonal!
31 • ein bundesweites schlüssiges Gesamtkonzept zum Schutz vor Gewalt für
32 asylsuchende Frauen
33 • ein eheunabhängiges Aufenthaltsrecht

34
35 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme**

36 **Beschluss Parteitag: Bei 1 Enthaltung angenommen**

37 **Weiterleitung an: Fraktionen in Bund, Land, Bezirk**

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. E 4**

4
5 Antragstellerinnen: Vorstand AsF-Unterfranken

6 AdressatInnen: Fraktionen in Bund, Land und Bezirk

7
8 **Einstiegssprachkurse für alle Asylsuchenden**

9
10 Wir beantragen, die vorgelagerten Einstiegssprachkurse für alle Asylsuchenden zu
11 öffnen.

12
13 Geflüchtete aus Afghanistan, Somalia und Pakistan erhalten während ihres
14 Asylverfahrens keinen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen.
15 Einstiegssprachkurse mit 320 Unterrichtseinheiten für Asylbewerber_innen gibt es
16 nur mit guter Bleibeperspektive. Dabei zieht die Arbeitsagentur, die diese Kurse
17 finanziert, die Grenze der Schutzquote bei 50%. Das heißt, nur wenn aus einem
18 Land mehr als die Hälfte der Asylsuchenden Asyl gewährt bekommt, werden diese
19 Kurse angeboten.

20 Flüchtlinge aus Afghanistan z.B. bleiben mit 46,7% knapp unter 50%, 76 % laut
21 Berechnungen von Pro Asyl.
22 (bereinigte Zahlen, nach freiwilligem Rückzug). Für diese Menschen verzögert sich
23 der Zugang um die Dauer ihres Verfahrens, durchschnittlich 13,9 Monate.

24
25 Für Flüchtlinge aus Ländern wie Afghanistan, Somalia, Pakistan usw. heißt das:
26 rumsitzen statt lernen. Und das, obwohl viele von ihnen in Deutschland bleiben
27 werden.

28
29 Je schneller Flüchtlinge Deutsch lernen, desto besser sind ihre Chancen auf einen
30 Arbeitsplatz und auf eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft.

31
32 Auch Asylsuchende, die wieder in die Herkunftsländer zurückgeschickt werden,
33 profitierten vom Spracherwerb, sie könnten am heimischen Arbeitsmarkt etwa Jobs
34 für deutsche Firmen übernehmen. Ein besseres Verständnis für die europäische
35 Kultur kann auch in den Heimatländern nur von Nutzen sein.

36
37
38 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme**

39 **Beschluss Parteitag: einstimmig**

40 **Weiterleitung an: Fraktionen in Bund, Land, Bezirk**

41

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. E 5**

4
5 Antragsteller: SPD OV Sand am Main,
6 Adressaten: SPD Bezirksparteitag

7
8
9 **Die Sommerzeit ist überflüssig**

10
11 **Der gegenwärtige bestehende halbjährliche Wechsel zwischen Normalzeit und Sommerzeit**
12 **soll durch eine Änderung der entsprechenden EU Richtlinie 2000/84/EG abgeschafft**
13 **werden.**

14 **Der SPD-Parteikonvent fordert die SPD-Bundespartei auf, geeignete Initiativen zur**
15 **Abschaffung der Sommerzeitumstellung auf der Ebene der Institutionen der Europäischen**
16 **Union zu ergreifen.**

17
18 Die Frage ob die Sommerzeit einen Nutzen hat, kann man nach dem kürzlich vorgelegten
19 umfangreichen Endbericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen
20 Bundestag (TAB) mit einem Nein beantworten.

21 Das TAB hat eine umfangreiche Studie zur Bilanz der Sommerzeit im März 2016 vorgelegt.
22 Nach dessen Erkenntnissen sind die Auswirkungen in relevantem Maß nicht messbar. Die
23 EU-Kommission selbst hatte sich zuletzt 2007 die mit diesem Thema beschäftigt und
24 herausgefunden, dass positive Auswirkungen der Sommerzeit kaum ins Gewicht fallen
25 würden.

26 Die Energieeinsparmöglichkeiten, weswegen der Zeitenwechsel 1980 eingeführt worden
27 war, sind auch nach vielfachen Untersuchungen nicht nachweisbar. Aus dem Bereich der
28 Wirtschaft gibt es praktisch keine belastbaren Informationen oder gar quantitative Daten die
29 eine Umstellung weiterhin rechtfertigte würde.

30 Gesundheitliche negative Auswirkungen sind nach gängigen Erkenntnissen zwar gering, aber
31 möglicherweise vorhanden. Zudem koste die Zeitumstellung jedes Jahr viel Geld, ohne dass
32 dem ein Nutzen gegenüber steht.

33
34 Beschluss der Mitgliederversammlung vom 4. April 2016

35
36 **Votum BeVo/Antragskommission: Ablehnung**

37 **Beschluss Parteitag: Bei 20 Nein-Stimmen und 1**
38 **Enthaltung angenommen**

39 **Weiterleitung an: --**

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. G 1**

4
5 **AntragstellerIn:** SPD-Ortsverein Sand am Main

6 **AdressatInnen:** SPD Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

7
8
9
10 **Den Sozialstaat stärken und reformieren - vollständige**
11 **paritätische Finanzierung der Krankenversicherung**
12 **wiederherstellen**

13
14 Der Sozialstaat ist eine der größten Errungenschaften des 19. und 20.
15 Jahrhunderts. Er ist die Voraussetzung dafür, dass alle Menschen ein
16 selbstbestimmtes Leben in Würde führen können. Der Sozialstaat organisiert
17 Solidarität zwischen den Starken und den Schwachen, den Jungen und den
18 Alten, den Gesunden und den Kranken, den Arbeitenden und den
19 Erwerbslosen.

20
21 Die SPD setzt sich für den Erhalt des Sozialstaates sowie die Stärkung der
22 sozialen Sicherungssysteme ein und wendet sich gegen die Privatisierung
23 sozialer Risiken
24 und eine Umverteilung zum Nachteil der Bürger/-innen.

25
26 Mit ihrem Engagement hat die SPD einen wichtigen Beitrag dazu geleistet,
27 dass es nach Jahrzehnten des Sozialabbaus in der Rentenversicherung
28 wieder einen Sozialaufbau gab. Gleichzeitig ist mit dem gesetzlichen
29 Mindestlohn in der Arbeitsmarktpolitik ein Damm gegen den ausufernden
30 Niedriglohnsektor geschaffen worden.

31
32 In den nächsten Jahren müssen weitere Sozialreformen folgen, die den
33 veränderten Bedingungen Rechnung tragen und das System der sozialen
34 Sicherung neu justieren.

35
36 Die SPD setzt sich deshalb für eine reformpolitische Weiterentwicklung
37 unserer Sozialsysteme ein: Wichtig sind eine Ausweitung der
38 Versicherungspflicht und des Versicherungsschutzes. Die
39 Arbeitnehmersicherungen sind zur universellen Bürger- und
40 Erwerbstätigenversicherungen weiterzuentwickeln.

41
42 Ein Wichtiger Schritt ist dabei die Wiederherstellung der vollständigen
43 paritätische Finanzierung der Krankenversicherung. Mit Wirkung ab 2011

44 hatte die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung den Arbeitgeberbeitrag
45 bei 7,3 Prozent eingefroren, dieser Satz gilt bis heute.

46

47 Durch den gleichzeitig eingeführten Zusatzbeitrag werden ausschließlich die
48 Versicherten, also Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Rentnerinnen
49 und Rentner, belastet. Die Arbeitgeber müssen mit der jetzigen Gesetzgebung
50 zukünftig steigende Kosten im Gesundheitswesen nun nicht mehr
51 mitfinanzieren. Das widerspricht dem Prinzip der paritätischen Finanzierung.

52

53 Die SPD–Bezirksparteitag fordert die Bundestagsfraktion auf, ein
54 Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, dass der eingeführte Zusatzbeitrag in
55 der gesetzlichen Krankenversicherung wieder abgeschafft und die paritätische
56 Finanzierung der Krankenversicherung (durch Arbeitgeber und Beschäftigte)
57 wieder hergestellt wird. Die SPD unterstreicht, damit dass man am Prinzip der
58 paritätischen Beitragsfinanzierung fest hält und plädiert dafür, sie durch eine
59 stärkere Finanzierung über Steuern zu ergänzen. Zur Absicherung ist deshalb
60 eine Steuerpolitik erforderlich, die sozial gerecht ist und Mittel für Investitionen
61 in präventive Sozialpolitik und soziale Infrastruktur bereitstellt.

62

63 Der SPD–Bezirksparteitag fordert den SPD-Bundesparteitag auf, die
64 Forderung auf vollständige paritätische Finanzierung der Krankenversicherung
65 (durch Arbeitgeber und Beschäftigte) in das Bundeswahlprogramm für die
66 nächste Bundestagswahl aufzunehmen.

67

68 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme**

69 **Beschluss Parteitag: einstimmig**

70 **Weiterleitung an: Bundesparteitag**

71 **Bundestagsfraktion**

72

73

Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt

Antrag Nr. G 2

Antragsteller: SPD Unterbezirksparteitag Würzburg-Stadt
Adressaten: Landesparteitag, Bundesparteitag

Für ein Umdenken in der Verbotspolitik!

Auf dem Landesparteitag der Bayern SPD wurde der Antrag der Jusos zur Legalisierung von Cannabis beschlossen. Dies war ein erster und wichtiger Schritt hin zu einer anderen Drogenpolitik. Die Grenze zwischen legalen und illegalen Drogen ist völlig willkürlich und führt zu einer Stigmatisierung von Konsumierenden, die diese in eine soziale Isolation drängt. Sozialer Abstieg und ein Abdriften in die Kriminalität sind dadurch leider häufig die Folgen. Suchtkranke werden kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt. Ein Teufelskreis zwischen Sucht, Strafverfolgung und einem Abhängigkeitsverhältnis zu kriminellen Milieus beginnt.

Der Krieg gegen die Drogen ist verloren und die aktuelle Verbotspolitik gescheitert. Der Arbeitskreis Drogenpolitik von FES und Bundestagsfraktion fordert daher in seinem Positionspapier „Von Repression zu Regulierung – Eckpunkte einer sozialdemokratischen Drogenpolitik“ eine progressive Drogenpolitik, die sich an Nutzen, Kosten und Nebenwirkungen messen lassen muss. Während Alkohol und Zigaretten als gesellschaftlich anerkannte und traditionell verankerte Drogen akzeptiert sind, werden Konsument*innen anderer Drogen kriminalisiert. Die gesundheitlichen Auswirkungen von Drogen (auch von Alkohol und Zigaretten) sind nicht zu unterschätzen und müssen transparent gemacht werden. Außerdem muss eine umfassende Aufklärung von Jugendlichen diesbezüglich stattfinden.

Aufklärung und Prävention statt Verteufelung

Drogenprävention ist weit mehr als die reine Aufklärung über potentielle gesundheitliche Schäden.

Präventionsprogramme sollten den mündigen und selbstständigen Menschen befähigen, mit gesundheitsschädlichen Substanzen verantwortungsvoll umzugehen.

Wir fordern mehr finanzielle Mittel für die Drogenpräventionsarbeit und die Förderung von alternativen und differenzierten Aufklärungsprogrammen an Bildungseinrichtungen, die konstruktiv und wissensvermehrend auf Gefahren und Wirkungen von Drogen hinweisen. Wir fordern mehr speziell ausgebildete Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen an Schulen und in anderen Bildungseinrichtungen.

48 **Therapie- und Beratungssysteme stärken**

49 Auch die Arbeit mit bereits Betroffenen zielt derzeit in unseren Augen in die
50 falsche Richtung. Konsumierende werden strafrechtlich verfolgt anstatt sie auf
51 ihrem Weg aus der Sucht zu begleiten. Wer drogenabhängig ist hat es häufiger
52 mit Polizist*innen und Richter*innen zu tun, als mit Therapeut*innen oder
53 Mediziner*innen.

54
55 Vielmehr bedarf es einer akzeptierenden Drogenarbeit, die durch
56 schadensmindernde Maßnahmen, wie Drogenkonsumräume oder der
57 therapeutischen Abgabe von Drogen, Möglichkeiten schafft aus der Sucht zu
58 entfliehen. Leider gibt es schlichtweg zu wenige Programme zur Diagnose,
59 Beratung, Vorbeugung und Behandlung von Suchterkrankungen. Viele werden
60 mit ihrer Abhängigkeit alleine gelassen und von der Gesellschaft ausgeschlossen.
61 Familie und Freunde wenden sich ab, der Job ist weg und ein Wiedereinstieg,
62 beispielsweise nach einer Haftstrafe oder einem Entzug, scheint fast unmöglich.
63 Rückfälle sind also vorprogrammiert.

64
65 Sucht ist eine Krankheit und keine Verbrechen! Wer von einer Abhängigkeit
66 betroffen ist, ist auf medizinische und psychologische Hilfe angewiesen, erfährt
67 aber aktuell oft nur soziale Isolation. Aus diesem Grund müssen Therapie- und
68 Beratungssysteme gestärkt und ausgebaut werden, nicht nur für die Betroffenen,
69 sondern auch für deren soziales Umfeld. Wir fordern einen progressiven Umgang
70 mit Suchterkrankungen, der nicht stigmatisiert sondern hilft. Es bedarf einer
71 Gleichstellung von Suchterkrankungen zu anderen psychischen Erkrankungen.
72 Dazu bedarf es dringend auch einer Erhöhung der Quote der
73 Psychotherapeut*innen, vor allem auch in ländlichen Gebieten.

74
75 Ersatzdrogen sind für eine erfolgreiche Therapie nicht immer **ausreichend** und
76 schlagen bei vielen Abhängigen nicht an. Die kontrollierte Abgabe beispielsweise
77 von Diamorphin an Süchtige senkt deren Infektionsrisiko und die Gefahr einer
78 Überdosierung, die Kriminalität geht zurück und der illegale Heroinmarkt bricht
79 zusammen. Um Betroffenen zu helfen brauchen wir Wege heraus aus der Sucht
80 und Möglichkeiten, auch mit einer Sucht ein gesellschaftliches Leben zu führen.
81 Niemand wird eine Sucht von heute auf morgen los und dieses schwere
82 Unterfangen wird nicht leichter, wenn man gleichzeitig noch gegen andere
83 psychische Erkrankungen kämpfen muss.

84 85 **Folgeerscheinungen sinnvoll beseitigen**

86 Die Kriminalisierung von Drogen und der Menschen, die diese konsumieren, hat
87 viele negative Folgeerscheinungen. Wer drogenabhängig ist, wird als
88 Verbrecher*in dargestellt und von der Gesellschaft ausgegrenzt. Dies beginnt
89 bereits bei der Beschaffung der Drogen. Aufgrund der Prohibition sind Süchtige
90 gezwungen, sich auf dem Schwarzmarkt zu bedienen, dort herrscht keinerlei
91 gesundheitlicher Schutz. Es besteht die Gefahr, dass die Drogen mit anderen
92 Substanzen gestreckt sind, um die Gewinnspanne zu erhöhen.

93
94

95

96 Wer von der Gesellschaft ausgegrenzt wurde, befindet sich auch häufig in einer
97 finanziell prekären Lage. Um sich die Drogen leisten zu können, werden viele
98 kriminell. Direkte und indirekte Beschaffungskriminalität sind die direkten Folgen
99 der verfehlten Verbotspolitik.

100

101 Ein Weg aus der Sucht ist für viele ohne Hilfe nicht zu schaffen und das Bitten um
102 Unterstützung stellt, aufgrund der gesellschaftlichen Stigmatisierung, eine
103 unüberwindbare Hürde dar. Vielen Menschen sieht man ihre Abhängigkeit nicht
104 an und sie würden ihr Umfeld mit einem „Outing“ schockieren und sich selbst ins
105 soziale Abseits katapultieren. Auch wenn der Wille vorhanden wäre, beginnt die
106 eigentliche Odyssee erst noch. Eine Abkehr von Drogen funktioniert nicht von
107 heute auf morgen, um aber weiterhin an die benötigten Substanzen zu kommen,
108 bleibt nur der Schwarzmarkt. Dort sind die Preise oft sehr hoch und der Weg in
109 die Beschaffungskriminalität damit geebnet. Die Betroffenen befinden sich in
110 einem Abhängigkeitsverhältnis zu der Person bzw. den Personen, von denen sie
111 ihre Drogen beziehen.

112

113 Wir fordern eine legale Abgabe von Drogen an Menschen mit Suchterkrankungen
114 in öffentlichen Einrichtungen. Dies erleichtert Betroffenen die Abkehr von ihrer
115 Sucht und bietet ihnen den Einstieg in eine Therapie. Zudem werden somit das
116 Band zur Beschaffungskriminalität und Abhängigkeitsverhältnisse in kriminelle
117 Milieus gekappt. Der Schwarzmarkt wird ausgetrocknet und Betroffene sind nicht
118 mehr von ihren Bezugspersonen abhängig. Zudem kann man auf diesem Wege
119 den verunreinigten Drogen auf dem Schwarzmarkt entgegenwirken. Häufig
120 werden nämlich stark gesundheitsschädliche oder sogar giftige Substanzen zum
121 „Strecken“ von Drogen benutzt, um die Gewinnspanne zu erhöhen.

122

123 Wer es schafft sich von einer Sucht zu lösen, steht häufig vor der
124 Herausforderung, auch noch gegen andere psychische Erkrankungen, wie
125 beispielsweise Depressionen, kämpfen zu müssen. Das ist eine Folge der
126 sozialen Isolation, welche viele immer noch erfahren. In schweren Lebenslagen
127 fällt das Durchhalten deutlich schwerer. Rückfälle in Sucht und/oder Kriminalität
128 sind vorhersehbar.

129

130 **Staatliche Drogenpolitik überdenken**

131 Aktuell zielt die Anti-Drogenarbeit vor allem auf die Verfolgung von
132 Konsument*innen und Händler*innen sowie auf die Sicherstellung illegaler
133 Substanzen. Solche „Erfolge“ der Behörden führen jedoch lediglich zu weniger
134 Substanzen auf den Schwarzmärkten und somit zu einer Erhöhung der
135 Marktpreise. Die Folge daraus sind höhere Gewinne bei denen, die Monopole auf
136 Herstellung und Vertrieb von illegalen Drogen besitzen. Eine derartig repressive
137 Drogenpolitik hat hohe Kosten im Justizsystem zur Folge und beschäftigt
138 Polizeidienststellen, Gerichte und Staatsanwaltschaften im hohen Ausmaße.

139

140 Dem Staat entstehen hohe Kosten und die Auswirkungen auf den illegalen
141 Drogenmarkt halten sich in Grenzen.

142 Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung von Drogenkonsument*innen und eine
 143 breitere gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen, die unter einer Sucht leiden.
 144 Außerdem fordern wir die Verlegung suchtkranker Strafgefangener in Anstalten
 145 mit Entzugsmöglichkeiten und Therapieangeboten. Die Re-Sozialisation muss
 146 bereits während einer Haftstrafe beginnen.

147
 148 Das so genannte „racial profiling“ ist auch bei der Fahndung nach illegalen
 149 Drogen leider ein immer noch weit verbreitetes Problem. Bei stichprobenartigen
 150 Personenkontrollen werden meist die Menschen kontrolliert, die nach dem
 151 Ermessen der Polizistin oder des Polizisten am ehesten Drogen konsumieren
 152 oder verkaufen könnten. Dadurch trifft es leider verstärkt Menschen mit
 153 Migrationshintergrund und/oder Menschen aus sogenannten „sozialen
 154 Brennpunkten“. Die Folge ist, dass in vielen Statistiken genau diese Menschen an
 155 der Spitze der Drogenkonsument*innen bzw. -händler*innen stehen. Ein
 156 Teufelskreis entsteht, da natürlich bevorzugt die kontrolliert werden, die die
 157 Statistiken anführen. Wir fordern daher interne Polizeischulungen gegen „racial
 158 profiling“ und eine stärkere Aufklärung über Rechte, die man während einer
 159 Polizeikontrolle hat.

160

161 **Bevormundung stoppen – Regulierung statt Repression**

162 Wir fordern den Aufbau eines kontrollierten Marktes von Cannabis, in dem
 163 Zugang, Qualität, Anbau und Vertrieb staatlich geregelt und kontrolliert werden.
 164 Selbstverständlich darf Cannabis nicht an Minderjährige abgegeben werden. Wir
 165 fordern aber eine progressive, an den Lebensrealitäten orientierte Drogenpolitik,
 166 damit beispielsweise ein geringfügiger Cannabiskonsum nicht den Lebensweg
 167 junger Menschen zerstört.

168

169 Drogen sollten nach ihrem gesundheitlichen Gefahrenpotenzial bewertet werden
 170 und nicht nach ihrem traditionellen Wert. Grundlage des politischen Handels
 171 bleibt aber die staatliche Fürsorgepflicht.

172

173 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme in geänderter Form**

174 **Beschluss Parteitag:**

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185 **Weiterleitung an:**

186

**Antragssteller war mit 2 Vor-
 schlägen der Antragskommis-
 sion nicht einverstanden;
 Abstimmung darüber: jeweils
 14 Nein-Stimmen und 1 Enth-
 altung gegen den Vorschlag der
 Antragskommission (Strei-
 chung); Endabstimmung: Bei
 1 Nein-Stimmung und 3 Ent-
 haltungen angenommen**

Landesparteitag

Bundesparteitag

187

188

189

190

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. P 1**

4
5 AntragstellerIn: Juso-Bezirkskonferenz
6 AdressatInnen: Bezirks-, Landesparteitag der SPD

7
8 **Antragsdatenbank**

9
10 Der SPD-Parteivorstand wird beauftragt eine Lösung zu erarbeiten, durch die
11 parteiinterne Anträge transparent und für alle sichtbar auf ihrem Weg durch
12 verschiedene Parteiebenen / Gliederungen verfolgt werden können.

13
14 Alle beschlossenen und/oder weitergeleiteten Anträge sollen in einer Datenbank
15 gesammelt werden. Die Datenbank kann für Parteimitglieder beispielsweise über den
16 internen Bereich der SPD-Homepage „Mein Bereich“ erreicht werden.

17
18 Änderungen und Beschlüsse zu einem Antrag sollen einfach ersichtlich und
19 nachvollziehbar sein. Das Einstellen von Anträgen erfolgt durch die örtlichen SPD-
20 Geschäftsstellen und Gliederungsvorstände über eine einfach zu bedienende
21 Schnittstelle (Copy & Paste).

22
23 **Begründung:**

24
25 Als einfaches, aktives Parteimitglied ist es in der SPD nur schwer möglich, den Weg
26 eines selbst erarbeiteten und z.B. auf Ortsvereinsebene eingebrachten Antrages
27 nachzuvollziehen. Die vor Parteitag oder Konferenzen erstellten Antragsbücher im
28 PDF-Format erlauben keine ausreichende Suchmöglichkeit.

29 Ein Überblick über die in den letzten Jahren beschlossenen Anträge ist kaum
30 möglich, da zu viele Beschlussbücher auf vielen Ebenen durchgesehen werden
31 müssten. Das alles trägt nicht dazu bei, dass für den ursprünglichen Antragsteller
32 nachvollziehbar ist, bei welcher Gliederung sein Antrag aktuell steht, ob er bereits
33 abgelehnt oder wie er inzwischen durch Änderungsanträge verändert wurde.

34 Ein Feedback zu eingebrachten Anträgen ist aber gerade für Antragsteller an der
35 Basis besonders wichtig.

36
37 **Votum BeVo/Antragskommission: erledigt**

38 **Beschluss Parteitag: bei 1 Enthaltung angenommen**

39
40 **Weiterleitung an: --**

Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**Antrag Nr. P 2****AntragstellerIn:** SPD-Unterbezirk Schweinfurt/Kitzingen/ SPD KV SW**AdressatInnen:** SPD Bezirksparteitag Unterfranken**Sozialdemokratische Grundwerte als Koordinatensystem für unser politisches Handeln in den Fokus rücken!**

Wir fordern, dass bei der politischen Themen- und Schwerpunktsetzung in den kommenden zehn Jahren und bei unserer Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger immer die Verwirklichung der sozialdemokratischen Grundwerte im Fokus steht. Wir fordern, dass Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zusammen gedacht werden und dass sich die SPD für Chancen- *und* Verteilungsgerechtigkeit einsetzt.

Mit den Initiatorinnen und Initiatoren des Impulspapiers „Starke Ideen für Deutschland 2015“ teilen wir die Überzeugung, dass wir uns stärker mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie wir in zehn Jahren leben wollen. Allerdings teilen wir nicht die Schlussfolgerungen, in denen der Erfolg vor allem der Wirtschaft im Vordergrund steht. Für uns als linke Volkspartei muss es klar sein, dass es den Unternehmen in unserem Land nur dann gut geht, wenn es den Menschen gut geht.

Sozialdemokratische und gute Antworten finden wir nur dann, wenn wir unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Richtschnur bei der Behandlung der brennenden Fragen der Zukunft anlegen. Dabei wollen wir nicht nur eine bessere Chancen-, sondern auch Verteilungsgerechtigkeit erreichen.

Deswegen fordern wir, dass die SPD ihr besonderes Augenmerk auf folgende Punkte legt:

1. Es muss Verteilungsgerechtigkeit im Hinblick auf Einkommen und Vermögen hergestellt werden. Um das zu erreichen müssen die Finanzmärkte reguliert sowie die Existenz eines guten Bildungs- und Sozialsystems gesichert werden.
2. Bildungsmöglichkeiten müssen viel stärker als bisher unabhängig vom finanziellen Status z.B. der Eltern werden. Ebenso muss Bildungspolitik

- 45 zukünftig viel mehr Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen anbieten
46 und den Grundsätzen der Inklusion gerecht werden.
47
- 48 3. Erwerbsbiografien sind in den letzten Jahren brüchiger geworden.
49 Deswegen brauchen wir mehr soziale Sicherung als früher. Mit dem
50 Rentenpaket hat die SPD gezeigt, dass sie Probleme richtig analysiert
51 und zu ihrer Lösung gute Politik macht. Diesen Weg müssen wir
52 weitergehen. Wir müssen den Menschen eine lebensstandardsichernde
53 und vor Armut schützende Rente sichern. Auch die Arbeitslosen-,
54 Gesundheits- und Pflegeversicherung müssen wir sozialer gestalten.
55 Wir fordern die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung sowie der
56 Bürgerversicherung.
57
- 58 4. Die Menschen brauchen Gute Arbeit. Die Einführung des Mindestlohns
59 war hierfür ein wichtiger Schritt. Wir müssen prekäre
60 Beschäftigungsverhältnisse eindämmen, eine gleiche Entlohnung von
61 Frauen und Männern schaffen und mehr Mitbestimmung sowie eine
62 weitere Stärkung der Tarifbindung ermöglichen. Der Staat als
63 Arbeitgeber muss dabei ein Vorbild für die Unternehmen sein.
64
- 65 5. Die Digitalisierung wirkt sich auf alle Teilbereiche unseres Lebens aus,
66 aber die Politik muss Rahmenbedingungen setzen. Für uns muss ein
67 besonderer Schwerpunkt auf der Zeitsouveränität der Menschen liegen:
68 Menschen bestimmen über Maschinen, und nicht umgekehrt.
69
- 70 6. Auch in der Familienpolitik setzen wir uns für Zeitsouveränität ein.
71 Familie ist für uns dabei dort, wo Menschen füreinander Verantwortung
72 übernehmen – ob mit Kindern oder ohne, ob in hetero- oder
73 homosexuellen Partnerschaften. Wir wollen diese Partnerschaften
74 durch mehr Möglichkeiten in der Arbeitszeitgestaltung für alle
75 Geschlechter unterstützen. Wichtig ist es uns, auf die besondere
76 Belastung für Alleinerziehende hinzuweisen: sie brauchen dringend
77 unsere Unterstützung.
78
- 79 7. Auch wir erkennen die Energiewende als große Herausforderung. Aber
80 wir dürfen das Ziel jedoch nicht aus den Augen verlieren: wir brauchen
81 nicht nur 100 Prozent erneuerbare Energien, die Energiewirtschaft
82 muss auch kommunal und sozial sein. Als SPD wollen wir nicht nur den
83 Prozess der Transformation gestalten, sondern müssen der Garant
84 dafür sein, dass keine und keiner abgeschnitten wird.
85
- 86 8. „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nicht.“ Dieses Zitat
87 Willy Brandts beschreibt die SPD als Friedenspartei. Diesen Anspruch
88 müssen wir auch umsetzen. Dazu passt es nicht, dass Deutschland bei
89 den Waffenexporten mit an der Spitze steht. Wir müssen aber an der

90 Spitze stehen, wenn es um Entwicklungszusammenarbeit geht. Nur so
91 lassen sich Fluchtursachen wirksam bekämpfen.

92

93 9. Ein Mehr an weltweiter Zusammenarbeit kann es aber nur geben, wenn
94 wir die Europäische Union stärken. Es mangelt an einer europäischen
95 Außenpolitik ebenso wie an einer europäischen Wirtschafts- und
96 Finanzpolitik. Wir haben zahlreiche Ideen für ein soziales und
97 demokratisches Europa entwickelt. Um sie aber in die Realität
98 umsetzen zu können müssen wir die Austeritätspolitik in Europa
99 stoppen und endlich zu gemeinsamen Investitionen kommen.

100

101 10. Wir plädieren dafür, Sicherheit und Schutz vor Kriminalität nicht im
102 Gegensatz zu unseren Menschen- und BürgerInnenrechten
103 wahrzunehmen. Im Gegenteil: beides gehört zusammen. „Unsere
104 Antwort auf Gewalt ist immer mehr Offenheit, mehr Demokratie.“ Diese
105 Haltung von Jens Stoltenberg nach den Anschlägen von Oslo und
106 Utøya muss unser Maßstab sein.

107

108 11. Viele unserer Ideen können wir nur umsetzen, wenn es einen starken
109 Staat gibt. Er muss über die nötigen Einnahmen verfügen, und dafür
110 braucht es ein gerechtes Steuersystem. In den vergangenen Jahren
111 wurde jedoch nur auf die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen
112 Haushalte geachtet. Die „schwarze Null“ wird unseren Kindern jedoch
113 nichts nutzen, wenn beispielsweise die Infrastruktur marode ist. Wir
114 brauchen eine gute (soziale) Infrastruktur, die erhalten und auch
115 ausgebaut werden muss. Dafür sind die nötigen Mittel in den
116 Haushalten unerlässlich.

117

118 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme**

119 **Beschluss Parteitag: einstimmig**

120

121 **Weiterleitung an: --**

122

Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt

Antrag Nr. P 3

AntragstellerIn: SPD-Kreisverband Schweinfurt

AdressatInnen: SPD Bezirksparteitag Unterfranken

Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

Die Auswirkungen von Kriegen, Konflikten und Krisen treffen immer mehr auch Deutschland. Ihre Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb einzelner Staaten. Weltweit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich, Schwach und Mächtig immer weiter. Terror, Gewalt, Vertreibung und Flucht sind Symptome der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen.

Die Flüchtlingsströme geben konservativen und reaktionären Kräften bei uns Gelegenheit von diesen Ursachen abzulenken und die politische Tagesordnung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Diskursen zu bestimmen und die Sorge zu schüren, dass der Staat die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vernachlässigen würde. Durch die Flüchtlingsdebatte werden Defizite und Ungerechtigkeiten in Deutschland zum Thema: Wohnungsmangel, regionale Ungleichgewichte und Strukturschwächen, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen von Gesundheit über Arbeitslosenversicherung bis zur Altersvorsorge, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur – um nur einige Stichworte zu nennen.

Während sich ein großer Teil der Bevölkerung sorgt, werden die Reichen und Superreichen immer reicher, selbst in der heutigen Niedrigzinsphase. Und der Staat nimmt sie nur unzureichend in die Pflicht. Ihre Stärke spiegelt sich allerdings nicht in ihrem Beitrag für das Gemeinwohl wider.

Diese wachsende Schere zwischen Arm und Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht.

Der 2009 begonnene Reformprozess mit dem Regierungsprogramm 2013 war eine kurze Phase der Re-Sozialdemokratisierung der SPD, aber diese wurde immer wieder durch widersprüchliche politische Botschaften konterkariert.

Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach einer menschlicheren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.

Obwohl SPD-Themen wie Mindestlohn und Rente mit 63 die Regierungsarbeit des ersten Jahres bestimmten, blieben die Umfragewerte für die SPD im Schnitt unter dem Bundestagswahlergebnis von 2013. Das führte dazu, dass wieder Debatten geführt werden, die einen inhaltlichen roll-back bedeuten. Mit der Ausrichtung auf das Lebensgefühl einer „leistungsstarken Mitte“ sollen Verteilungsfragen wie z.B. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, Maßnahmen gegen Altersarmut eher ausgeblendet werden, da sie dieses Lebensgefühl nicht treffen würden.

48 Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht
 49 aufgeben und muss an den Reformprozess 2009 bis 2013 anknüpfen. Es reicht nicht,
 50 vor Wahlen die soziale Karte z.B. für einen Sozialpakt zu ziehen.

51 **Die SPD muss Orientierung bieten: Gegen politische Resignation und Spaltung**
 52 **der Gesellschaft. Für Vertrauen in Programm und Handeln der**
 53 **Sozialdemokratie.**

54

55 Wichtige Eckpunkte künftigen Regierungshandelns sind daher:

56

57 **I. Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen**

58

59 Deutschland braucht mehr Investitionen. Der Bedarf liegt derzeit bei mindestens 200
 60 Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Neben den klassischen Investitionen in
 61 Straßen, den ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in soziale Infrastruktur zu
 62 investieren: in Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur.

63 Die SPD muss dafür sorgen, dass

64

- vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Länder und
 65 insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausreichend eigene
 66 Mittel.

67

- Die SPD darf sich mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt in der
 68 gegenwärtigen Form nicht abfinden, denn beide Verbote wirken in
 69 Deutschland und Europa als Bremse für Investitionen. Die Einhaltung der
 70 Schuldenbremse darf gerade in den Zeiten niedrigster Zinsen kein
 71 Investitionshemmnis sein. Die Schuldenbremse durch Einwerbung privaten
 72 Kapitals zu umgehen, ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur wesentlich teurer
 73 als eine direkte Aufnahme von Staatsanleihen, sondern es würde die
 74 demokratische Handlungsfähigkeit des Staates einschränken und ihn von
 75 privaten Geldgebern abhängig machen. Wir brauchen stattdessen eine
 76 erneuerte, moderne „goldene Regel“, die Neuverschuldung in Höhe der
 77 Nettoinvestitionen ermöglicht und den Begriff der Investition stärker als bisher
 78 auf Wachstumsförderung ausrichtet.

79

80 **II. Arbeitswelt demokratisieren, Rente existenzsichernd gestalten,** 81 **Gesundheit solidarischer finanzieren**

82

83 Es muss zu allererst um die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt gehen. Dies
 84 bedeutet neue Initiativen zur Humanisierung der Arbeit, insbesondere mit Blick auf
 85 die Digitalisierung von Industrie und Dienstleistungen und den neuen
 86 Umwälzungsprozess in der gesamten Wirtschaft, Reduzierung von Stress,
 87 Verkürzung von Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz, besonders hinsichtlich der
 88 zunehmenden psychischen Erkrankungen.

89 Die SPD muss

90

- die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ebenso wie die
 91 europäische und globale Mitbestimmung in internationalen Konzernen
 92 ausbauen helfen,

93

94

- den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie,
 95 Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, einer

96 Reform der Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung mit
 97 Verlängerung des ALG-I-Bezuges und gezielten Programmen gegen
 98 verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weitergehen. Den Mindestlohn wollen wir
 99 dynamisieren und armutsfest machen, wirksam kontrollieren, durch ein
 100 Verbandsklagerecht stärken sowie die Ausnahmen abschaffen.

101

102 ▪ die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein
 103 wirksames Lohngerechtigkeitsgesetz schließen,

104

105 ▪ die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung), vor allem durch
 106 Systematisierung der beruflichen Weiterbildung, sinnvolle Weiterentwicklung
 107 des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung, Recht auf
 108 bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch durch Branchen- und regionale
 109 Fonds aus betrieblichen Umlagen fortsetzen.

110 Wir brauchen endlich die Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung

111 ▪ mit der wir anschlussfähig sind, die alle Einkommensarten einbezieht,
 112 paritätisch finanziert ist und in der die Beitragsbemessungsgrenze
 113 entsprechend angehoben wird,

114 ▪ um über eine gerechte solidarische Finanzierung auch die
 115 Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität und die Zugänge zum
 116 medizinischen Fortschritt für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

117 In der Rentenpolitik muss die SPD

118 ▪ die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur
 119 Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem
 120 lebensstandardsichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu
 121 verkommen,

122 ▪ das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu
 123 sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.

124 ▪ die Riesterreute bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es
 125 darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte
 126 Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa
 127 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom
 128 DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen.

129 Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter steigen. Die Lösung liegt nicht
 130 in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu entgehen.

131

132 Perspektivisch ist die Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als
 133 ArbeitnehmerIn, Beamte oder Selbständige die Lösung. Notwendige Schritte dorthin
 134 müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

135

136

137 **III. Durch Europa sozialen Frieden garantieren**

138

139 Jahre praktizierter Sparpolitik, von Rückschritten in der europäischen Sozial- und
 140 Arbeitsmarktpolitik sowie der kontinuierlichen Beschneidung von Mitbestimmung

141 haben Europa entsolidarisiert. Fiskalunion und freier Warenhandel wirken momentan
142 wie das wichtigste Bindeglied.

143 Auf europäischer Ebene müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten gesichert
144 werden. So hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme Krisen
145 überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie, Forschung,
146 Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem
147 für junge Menschen, absolut notwendig.

148

149 Die SPD muss

150

151 ▪ in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht
152 auf die noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich
153 richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen
154 wieder Vertrauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner
155 gewinnen können. Eine Union, die für Rentenkürzungen, fehlende
156 Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung steht, wird niemals bei
157 den Bürgerinnen und Bürgern Erfolg haben können. Wir sind überzeugt
158 davon, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz gutheißen
159 werden, wenn wir ihn konsequent verfolgen und uns nicht von rechten
160 Ideologen beirren lassen.

161

162 ▪ die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbesondere in der
163 Eurozone die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine
164 europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für
165 Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung.

166

167 ▪ alle Punkte, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen
168 wurden, sind zu erfüllen. Diese Bedingung sehen wir bisher nicht annähernd
169 umgesetzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre
170 Interessen wahren und keine faulen Kompromisse eingehen. Die Beteiligung
171 vieler Menschen an der Debatte über die Handelsabkommen darf auch als
172 partizipatorischer Erfolg gewertet werden. So stellen wir uns gelebte
173 Demokratie vor.

174

175 **IV. Humanität und Verantwortung in der Flüchtlingspolitik zeigen**

176

177 Unsere Flüchtlingspolitik muss von Humanität und Verantwortung gegenüber
178 Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist kein gnädiger Akt, sondern eine
179 ethische Verpflichtung. Im letzten Jahr waren so viele Menschen vor Krieg, Hunger
180 und Verfolgung auf der Flucht wie noch nie seit Bestehen der Europäischen Union.
181 Viele dieser Menschen flohen nach Europa und Deutschland und werden es auch
182 weiterhin tun. Dabei nahmen und nehmen die Flüchtlinge häufig gefährliche Wege in
183 Kauf. Im vergangenen Jahr ertranken 2760 Flüchtlinge im Mittelmeer bei dem
184 Versuch, von der Türkei oder Nordafrika aus Europa in Schlauchbooten zu erreichen,
185 um hier ihr Recht auf Asyl geltend zu machen.

186 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

187 ▪ legale und vor allem sichere Zuwanderungswege nach Europa geschaffen
188 werden. Spezielles Augenmerk gilt hier besonders schutzbedürftiger Personen
189 wie Frauen, Kindern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen.

190 ▪ Zuwanderungsgrenzen für Flüchtlinge verhindert werden. Den Schutz, den
191 das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt unantastbar. Wie für
192 keine andere Partei aus ihrer Überzeugung und Geschichte heraus ist dies für
193 die Sozialdemokratie politische Verpflichtung.

194 Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich integriert werden. Ein Schlüssel für
195 Integration ist eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz. Beides setzt wiederum gute
196 Sprachkenntnisse voraus. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat der Bund die
197 Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet und die
198 Mittel entsprechend erhöht.

199 Die SPD muss dafür sorgen, dass

200 ▪ kurzfristig die Eingliederungstitel der Jobcenter erhöht werden, um Flüchtlinge
201 mit einer guten Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt
202 unterstützen zu können. Die Aufstockung der Mittel des Jobcenters wird aber
203 auch Menschen zu Gute kommen, die schon lange in Deutschland leben und
204 bislang vergeblich eine Arbeit gesucht haben.

205 ▪ keine Konkurrenzsituation von Flüchtlingen und deutschen Arbeitnehmern
206 entstehen. Einer Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge treten wir
207 entschieden entgegen.

208

209 **V. Friedenspolitik aktiv gestalten**

210

211 Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, muss vor allem die Ursachen von
212 Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es vor
213 allem um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen
214 Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Dies erfordert
215 den Blick sowohl in die Staaten und Regionen, wie auf globale und internationale
216 Beziehungen. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf
217 über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die
218 vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für
219 immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern
220 muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben.

221 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

222 ▪ eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der
223 Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Euro bis 2030
224 vorgenommen wird,

225 ▪ die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der
226 Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandprodukts) eingehalten
227 werden,

228 ▪ die Social Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik
229 (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt
230 werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den Handelsbeziehungen, die
231 diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und kontrollierbar machen,

232 ▪ restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik und deren
233 Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.

234 Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss ausgleichend sein und die zivile
 235 Krisenprävention muss im Mittelpunkt stehen. Weder darf die Isolationspolitik gegen
 236 Russland, noch darf der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien
 237 fortgesetzt werden. Das weltweite Diktat der G 20-Staaten oder der G-8-Staaten ohne
 238 Russland darf nicht fortgesetzt werden.

239 Ökonomische und ökologische Ausbeutungen können zu zunehmenden Spannungen
 240 führen und auch Bürgerkriege entfachen. EU und USA hätten in Syrien vorzeitig auf
 241 Friedensgespräche drängen müssen, statt einseitig Partei zu ergreifen. Syrien ist so
 242 fragmentiert, dass mit allen Parteien geredet werden muss.

243 Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit
 244 brauchen wir globale Institutionen.

245

246 **VI. Steuern durch gerechte Steuern**

247 Eine solidarische und friedliche Gesellschaft ist nicht kostenlos zu haben. Sie braucht
 248 einen gut finanzierten Staat. Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer
 249 sozialdemokratischen Steuerpolitik mit einer

250

251 ▪ sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren
 252 Spitzensteuersatz,

253

254 ▪ der Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,

255

256 ▪ einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,

257

258 ▪ und einer Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass
 259 reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und
 260 Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des
 261 Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro
 262 einbringt.

263

264 ▪ Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden.

265

266 Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit

267

268 ▪ der schärferen Eigenkapitalausstattung von Banken,

269

270 ▪ dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,

271

272 ▪ einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer
 273 Finanzprodukte

274

275 ▪ Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip.

276

277 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme**

278 **Beschluss Parteitag: einstimmig**

279

280 **Weiterleitung an: --**

Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04.Juni 2016, Mellrichstadt**Antrag Nr. P 4**

Antragsteller: SPD Unterbezirksparteitag Würzburg-Stadt
Adressaten: Landesparteitag, Bundesparteitag

Wohlstandsgerechtigkeit

Die soziale Marktwirtschaft, in den Zeiten des Wirtschaftswachstums Garant für die Teilhabe breiter Bevölkerungsgruppen am Aufschwung, wurde in den letzten Jahrzehnten immer mehr durch eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik überlagert. Auch von der SPD mitgetragene und eingebrachte Gesetze, wie zum Beispiel die Senkung des Spitzensteuersatzes und die Entkoppelung der Kapitalerträge von der Einkommenssteuer führten, gepaart mit einer niedrigen Erbschaftssteuer zu einer steigenden Ungleichverteilung von Vermögenswerten. Das Ausbildungsniveau und damit die späteren Einkommenschancen werden in Deutschland stärker als in anderen OECD-Staaten vom wirtschaftlichen Potential der Elterngeneration beeinflusst. Damit drohen immer mehr Menschen von der Teilhabe an wirtschaftlichen Aufschwüngen ausgeschlossen zu werden, während sie in Zeiten der Rezessionen und weiteren Krisen durch Sparmaßnahmen des Staates deutlich stärker betroffen sind, als die ökonomisch starken Gesellschaftsgruppen. Deutschland weist damit, bei rein ökonomischer Sicht, eine doppelte Ungleichverteilung auf, sowohl bei den Einkommen, als auch bei den Vermögen wird der Unterschied zwischen Arm und Reich immer größer. So besitzen nach Angaben der OECD die 10 Prozent der vermögendsten Deutschen 60 Prozent des vorhandenen Vermögens. Die ärmsten 60 Prozent kommen demnach lediglich auf sechs Prozent des gesamten Vermögens. Bei den Einkommen ist die Ungleichverteilung seit 2007 unverändert groß. Die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher verdienen in Deutschland 6,6-mal so viel wie die untersten zehn Prozent.

Mit einem Anteil von 39% aller abhängigen Beschäftigten prägen Leiharbeit, Teilzeit und Minijobs auch weiterhin das Bild der deutschen Arbeitswelt. Diese Beschäftigten erwirtschaften den Wohlstand für alle anderen mit, ohne selbst einen gerechten Anteil daran zu haben. Hinsichtlich des Renteneintritts dieser Menschen, ist Altersarmut und damit ein weiterer wirtschaftlicher Abstieg vorprogrammiert. Da wirtschaftliche Schwäche in Deutschland stets mit Ausgrenzung und einem Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe einhergeht, muss es Ziel der Sozialdemokratischen Partei sein, für eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen einzustehen. Es mag der Eigensinn sein der Gesellschaften wirtschaftlich vorantreibt, aber es ist der Gemeinsinn, der Gesellschaften zusammenhält. Wo ein privater Gemeinsinn nicht entsteht, weil Egoismus und Gier dies verhindern, ist der Staat gefordert regulierend, einzugreifen.

Verteilungsgerechtigkeit muss auf vielen Ebenen hergestellt werden und immer von Chancengleichheit im Bildungswesen und Berufsleben begleitet werden. Die Sozialdemokratie soll sich daher für gesetzliche Maßnahmen stark machen, die bestehende Ungleichheiten aufbrechen und eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in unserem Land ermöglichen. Dies erfordert auch mehr

50 Transparenz unter anderem auch durch einen, neben dem Armutsbericht,
51 einzufordernden Reichtumsbericht. Dazu geeignet sind:

52

53 **1. Erhöhung des Spitzensteuersatzes**

54 Der Spitzensteuersatz ist in den letzten 20 Jahren von verschiedenen
55 Regierungen immer weiter gesenkt worden und liegt aktuell bei 42% für
56 Einkommensteile über 53.000 €. Wir fordern, dass die Progression bei
57 Einkommen über 53.000 € solange verlängert wird bis ein Steuersatz von
58 mindestens 53% erreicht ist. Das würde mehr Geld in den öffentlichen Haushalt
59 bringen und wäre eine deutlich sinnvollere Maßnahme zur Konsolidierung des
60 Bundeshaushaltes als ein starrköpfiges Festhalten an der sog. „schwarzen Null“.

61

62 **2. Aufhebung des Ehegattensplittings**

63 Das Ehegattensplitting ist vollkommen veraltet und fördert eine bestimmte Form des
64 Zusammenlebens, ohne dass die Gesellschaft von dieser Form stärker profitiert als
65 von anderen Lebensgemeinschaften. Wir fordern deswegen die Abschaffung des
66 Ehegattensplittings. Eine fortschrittliche und gerechte Gesellschaft muss individuelle
67 Lebensentwürfe ermöglichen und darf das Modell der Ehe nicht als reine
68 Versorgungsinstitution zementieren. Ebenso darf einer beruflichen Emanzipation von
69 Menschen nichts im Wege stehen. Das Ehegattensplitting erschwert jedoch
70 zahlreichen Frauen den Entschluss, nach einer Heirat berufstätig zu bleiben.

71 Das Splittingverfahren im deutschen Einkommenssteuerrecht verfestigt
72 Lebensmodelle, in denen eine Person von der anderen materiell abhängig ist.
73 Während bei ledigen Partnerinnen und Partnern jedes Einkommen steuerrechtlich
74 getrennt betrachtet wird und der Staat jedes Einkommen für sich besteuert, werden
75 bei Ehegatten die Einkünfte addiert und durch zwei geteilt. Für diejenige Person, die
76 mehr verdient als die andere Person in der Ehe bedeutet dies, dass auf ihr
77 Einkommen ein niedrigerer Steuersatz erhoben wird, als es seiner Gehaltshöhe
78 eigentlich entspräche. Während Ehepartner, die beide gleich viel verdienen,
79 überhaupt nicht davon profitieren, wächst der Vorteil je größer der
80 Einkommensunterschied zwischen zwei verheirateten Personen ist. Somit profitieren
81 am meisten solche Ehen, in denen eine Person ausgesprochen viel verdient und die
82 andere Person kein Einkommen bezieht. Dies kann im Einzelfall zu einer
83 Steuerersparnis von mehreren tausend Euro führen. Da dies steuerrechtlich ein
84 enormer Anreiz zur sogenannten Hausfrauen-Ehe ist, sind in den allermeisten Fällen
85 Frauen von ihrem Ehepartner abhängig.

86 Statt mit dem Ehegattensplitting an einem nicht mehr zeitgemäßen
87 Partnerschaftsmodell festzuhalten, sollten Haushalte und Partnerschaften mit einem
88 höheren Freibetrag je Kopf entlastet werden, als dies bislang der Fall ist.

89

90 **3. Einführung einer angemessenen Vermögenssteuer**

91 Wir als SozialdemokratInnen sollten uns dafür einsetzen, dass die Vermögenssteuer
92 wieder erhoben wird. Dafür bedarf es eines verfassungskonformen Gesetzes. Zweck
93 der Vermögenssteuer ist es, das Vermögen gerechter zu verteilen und starke
94 Schultern mehr zu belasten als Schwache. 60% des gesamten Vermögens befindet
95 sich in der Hand von weniger als 10% der Bevölkerung. Wir setzen uns daher für
96 eine progressive Vermögenssteuer von mindestens 1%, bei einem Freibetrag von

97 mindestens 1.000.000 € ein.

98

99 **4. Reform der Erbschaftssteuer**

100 Die SPD muss darüber hinaus auch die Erbschaftssteuer reformieren und wieder
101 einführen. Jährlich werden in Deutschland riesige Vermögen vererbt, die jedoch nur
102 zu sehr geringen Einnahmen aus der Erbschaftssteuer führen. Die Erbschaftssteuer
103 macht nur einen kleinen Teil der Steuereinnahmen von Bund und Ländern aus,
104 wohingegen die Mehrwertsteuer und die Lohn- und Einkommensteuer zusammen
105 mittlerweile zwei Drittel der gesamten Steuereinnahmen ausmachen. Wir streben
106 deshalb mindestens eine Vervierfachung der Einnahmen aus der Erbschaftssteuer
107 an. Die Freibeträge sind dabei so zu regeln, dass niemand um sein zu vererbendes
108 Eigenheim bangen muss.

109

110 **5. Kapitalerträge wie Erwerbseinkommen besteuern – Abgeltungssteuer** 111 **abschaffen!**

112 Die Abgeltungssteuer liegt derzeit bei 25 Prozent auf Kapitalgewinne. Profitiert haben
113 davon hauptsächlich Spitzenverdiener, bei denen der Steuersatz bei der
114 Einkommenssteuer höher liegt. Diese Entwicklung muss rückgängig gemacht
115 werden. Sozialdemokratische Steuerpolitik bedeutet für uns dass alle Einkommen
116 gleich besteuert werden. Kapitaleinkünfte dürfen nicht besser gestellt werden als
117 Einkommen aus abhängiger Beschäftigung. Eine bloße Erhöhung der
118 Abgeltungssteuer reicht uns nicht aus!

119

120 **6. Erhöhung des Mindestlohns**

121 Die Einführung des Mindestlohns war ein historischer Meilenstein, für den wir
122 zehn Jahre lang gemeinsam mit den Gewerkschaften gekämpft haben. Seit dem
123 1. Januar 2015 profitieren knapp vier Millionen arbeitende Menschen von
124 seiner Einführung. Keines der Horror-Szenarien ist eingetreten. Statt der von
125 den Kritikern prophezeiten Jobverluste wurden Minijobs in
126 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt. Geringverdiener
127 haben durch den Mindestlohn einen Lohnzuwachs von fünf Prozent. Das ist gut
128 für die Beschäftigten, für die ehrlichen Arbeitgeber und für die Allgemeinheit.
129 Denn höhere Löhne bedeuten auch mehr Steuereinnahmen und
130 Sozialversicherungsbeiträge.

131

132 Wir fordern aber weiterhin die bestehenden Ausnahmeregelungen für
133 Langzeitarbeitslose und Jugendliche abzuschaffen, die von CDU/CSU gefordert,
134 keinesfalls dürfen neue Ausnahmen, beispielsweise für Flüchtlinge, geschaffen
135 werden.

136 Wir respektieren und begrüßen die Einsetzung einer unabhängigen Kommission
137 aus Gewerkschaften und Arbeitgebern, um Vorschläge für eine künftige
138 Erhöhung zu erarbeiten. Dies stärkt die Tarifautonomie und ist Ausdruck einer
139 lebendigen Sozialpartnerschaft.

140

141

142 **7. Erhöhung der Bildungschancen und sozialer Aufstieg**

143 Um langfristig ein Auseinandertriften der Gesellschaft zu verhindern, muss
 144 gewährleistet werden, dass jede Person sich im Rahmen seiner Fähigkeiten
 145 entwickeln kann. Nicht die wirtschaftliche Stärke der Eltern, sondern die eigenen
 146 Fähigkeiten sollen über Bildungsabschlüsse und die damit verbunden beruflichen
 147 Aussichten entscheiden. Nur eine durchlässige Gesellschaft entspricht einer freien
 148 und chancengleichen Gesellschaft. Hier hat Deutschland nach Aussage der OECD
 149 deutlichen Nachholbedarf. Ein sozial gerechtes Bildungssystem ist das wichtigste
 150 Instrument um sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken. Denn zum einen ermöglicht
 151 es jungen Menschen Qualifikationen zu erlernen, die sie in der späteren Arbeitswelt
 152 brauchen, zum anderen ist es die Voraussetzung um emanzipierte und mündige
 153 Menschen zu erziehen. Ein Bildungssystem das systematisch Menschen die aus
 154 finanziell schwächeren Familien kommen benachteiligt oder gar ausschließt, ist
 155 ungerecht und untragbar. Bildung ist ein Menschenrecht und muss für alle
 156 Menschen zugänglich sein, egal ob frühkindliche Bildung oder Hochschule.

157 Wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinwohllasten, ebenso wie eine gerechte
 158 Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung
 159 müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes
 160 Vermögen.

161 Eine wirtschaftlich und damit sozial durchlässige Gesellschaft bietet jedem einzelnen
 162 nicht nur Anreize sondern auch handfeste Perspektiven. Ein sich Abschotten der
 163 Eliten schadet der ganzen Gesellschaft sowohl wirtschaftlich als auch sozial. Die
 164 SPD muss sich für eine Verteilungsgerechtigkeit und für eine Teilhabegerechtigkeit
 165 einsetzen!

166 In dieser geänderten Form angenommen am 08.04.16 SPT

167

168 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme in geänderter Form**

169 **Beschluss Parteitag: Nicht übernommener**
 170 **Änderungsantrag zum**
 171 **Komplex Mindestlohn: 21**
 172 **Nein-Stimmen und 1 Enthaltung**
 173 **für das Votum der**
 174 **Antragskommission**
 175 **(Streichung/Nicht-Änderung)**
 176 **Endabstimmung: Annahme bei**
 177 **1 Enthaltung**

178

179 **Weiterleitung an: Landesparteitag**

180 **Bundesparteitag**

Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**Antrag Nr. V 1**

AntragstellerIn: Juso-Bezirkskonferenz

AdressatInnen: Bundestagsfraktion

Besteuerung von Kerosin für gewerbliche Flüge

Die Luftfahrtindustrie boomt international seit Jahren. Alleine die Zahl der beförderten Personen in Deutschland stieg von 2006 bis 2014 um 30 Mio. Passagiere auf ca. 186 Mio. Passagiere an. In diesen Zahlen sind unter anderem solche Flüge miteinberechnet, deren Start und Ziel innerhalb des Bundesgebietes liegen. So misst die deutsche Flugsicherung im Jahr 2015 alleine ca. 11% aller Flugbewegungen in Deutschland als Inlandsflüge (ca. 37,5% Überflüge, jeweils ca. 26% Ein- und Ausflüge). Alleine auf der Flugstrecke Berlin-Tegel/München fanden im Jahr 2014 fast 15.000 Flüge im Jahr statt.

Unter den Top-Destinationen der Deutschen im Jahr 2014 liegen mit Spanien (ca. 84 000 Flüge), Großbritannien (ca. 71.000 Flüge), Italien (ca. 64.000 Flüge) und Frankreich (ca. 61.000 Flüge) vier EU-Mitgliedstaaten auf den ersten vier Plätzen.

Die Flugindustrie hat hierbei massive steuerliche Vorteile gegenüber der Konkurrenz wie dem Schienenverkehr, Reisebussen oder auch dem üblichen Straßenverkehr. So muss die Bahn sowohl Mineralölsteuer und Öko-Steuer als auch Mehrwertsteuer für grenzüberschreitende Fahrten leisten, während der Flugverkehr hier keine Steuern leisten muss.

Bereits 2005 errechnete das Bundesumweltamt steuerliche Erleichterungen für die Flugindustrie durch die Steuerfreiheit von Kerosin in Höhe von ca. 373 Mio. € für innerdeutsche Flüge, für Flüge innerhalb der EU sogar von ca. 600 Mio. €. Hier wird ganz klar das Prinzip des fairen Wettbewerbs für den Personenverkehr konterkariert. Hinzu kommt allerdings noch, dass der Flugverkehr beim Ausstoß von Treibhausgasen an der Spitze aller Verkehrsmittel steht (228g/Pkm; Auto auf Platz 2 mit 142g/Pkm) und auch bei anderen Schadstoffen eine schlechte Umweltbilanz gegenüber Bahn, etc. besitzt.

Zwar wurden mit der Einbindung des Flugverkehrs in den Emissionshandel und der Einführung einer Ticketsteuer erste Schritte in Richtung Angleichung und Wettbewerbsgleichheit ergriffen, jedoch reichen diese Maßnahmen bei weitem noch nicht, um ökologische und steuerrechtliche Fairness im Personenverkehr herzustellen. Die EU hat hierbei mit der Verabschiedung der EU-Energiesteuerrichtlinie (2003/96/EG) im Jahr 2003 die Möglichkeit geschaffen, dass die Mitgliedstaaten eine Kerosinbesteuerung von Inlandsflügen vornehmen können

45 und über Änderungen in bilateralen Verträgen zwischen den Mitgliedstaaten auch
 46 eine Besteuerung für Flüge zwischen zwei Mitgliedsstaaten erreicht werden kann.

47

48 Um etwaige Umgehungsstrategien bei der Betankung zu umgehen, schlägt der Jurist
 49 Prof. Dr. E. Pache in seinem Rechtsgutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes:
 50 „Möglichkeit der Einführung einer Kerosinsteuer auf innerdeutschen Flügen“ im
 51 Februar 2005 eine Kombinationslösung vor:

- 52 1. Besteuerung von Kerosin bei Entnahme im Inland für inländische Flüge
- 53 2. Besteuerung von eingeführtem Kerosin auf Basis des tatsächlichen Verbrauchs
- 54 nach einem Inlandsflug

55

56 Für die Besteuerung von innergemeinschaftlichen Flügen nennt er folgende Punkte:

- 57 1. Änderung der bilateralen Verträge der beteiligten Staaten erforderlich
- 58 2. Besteuerung ist auch dann nur für die gebietsansässigen Fluggesellschaften
- 59 möglich

60 → Einführung nur unter Beteiligung wichtiger europäischer Flugnationen sinnvoll

61

62 Wir fordern daher:

- 63 1. Die Aufhebung der Steuerfreiheit von Kerosin für gewerbliche Zwecke und eine
 64 Besteuerung nach der Kombinationslösung, welche Prof. Dr. E. Pache in
 65 seinem Rechtsgutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes: „Möglichkeit der
 66 Einführung einer Kerosinsteuer auf innerdeutschen Flügen“ im Februar 2005
 67 vorgeschlagen hat. Der Steuersatz soll sich an der Besteuerung von Benzin für
 68 Kraftfahrzeuge, wie sie im Mineralölsteuergesetz festgelegt ist, orientieren.
- 69 2. Es soll überprüft werden, inwiefern das so erhobenen Steueraufkommen schon
 70 an bestimmte Verwendungszwecke gebunden ist. Sollte hier eine Abweichung
 71 oder eine eigene Regelung möglich sein, sollen die Mittel zweckgebunden für
 72 die Förderung von Forschung an umweltfreundliche Verkehrstechnologie und
 73 für den Ausbau des Schienennetzes für Fern- und Schnellzüge genutzt
 74 werden.
- 75 3. Die Sozialdemokratie soll sich für europäische Kooperation einsetzen,
 76 Gespräche zur Besteuerung von Kerosin für den gewerblichen Flugverkehr
 77 einleiten und auf die Änderungen von bilateralen Verträge zur Einführung einer
 78 Kerosinsteuer zwischen den EU-Mitgliedsstaaten hinwirken.

79

80 **Votum BeVo/Antragskommission: Ablehnung**

81 **Beschluss Parteitag: Änderung: Überweisung an**
 82 **Bundestagsfraktion;**
 83 **Bei 4 Nein-Stimmen und 4**
 84 **Enthaltungen angenommen**

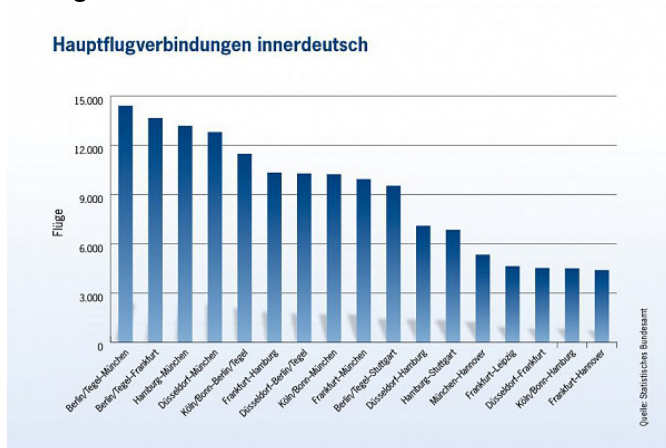
85

86 **Weiterleitung an: Bundestagsfraktion**

87 Anlagen

88

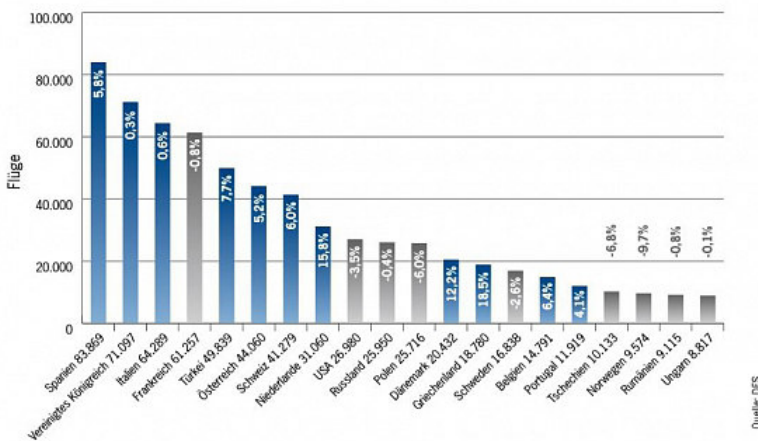
89 Anlage 1:



90

91 Anlage 2:

Top-20-Destinationen



92

93 Anlage 3:

Vergleich der Emissionen einzelner Verkehrsträger im Personenverkehr
Bezugsjahr: 2010

Emissionen aus Bereitstellung und Umwandlung der Energieträger in Strom, Benzin, Diesel und Kerosin sind berücksichtigt.

		Pkw	Reisebus	Eisenbahn Fernverkehr	Flugzeug	Linienbus	Eisenbahn Nahverkehr	Straßen-, S- und U-Bahn
Treibhausgase*	g/Pkm	142	30	45	228**	75	78	78
Kohlenmonoxid	g/Pkm	1,00	0,05	0,01	0,15	0,09	0,03	0,02
Flüchtige Kohlenwasserstoffe	g/Pkm	0,18	0,02	0,00	0,06	0,03	0,01	0,01
Stickoxide	g/Pkm	0,31	0,25	0,06	0,45	0,55	0,24	0,08
Feinstaub	g/Pkm	0,009	0,005	0,000	0,006	0,007	0,003	0,000
Verbrauch Benzinäquivalent	l/100 Pkm	6,2	1,3	2,3	4,8	3,2	3,9	4,1
zugrunde gelegte Auslastung		1,5 Pers./Pkw	60%	48%	74%	21%	26%	19%

g/Pkm = Gramm pro Personenkilometer; l/100Pkm = Liter pro 100 Personenkilometer

* CO₂, CH₄ und N₂O angegeben in CO₂-Äquivalenten

** unter Berücksichtigung aller klimawirksamen Effekte des Flugverkehrs (EFW = Emission Weighting Factor)

Quelle: TREMOD 5.25

Ansprechpartner: Umweltbundesamt, Fachgebiet I 3.1 - Umwelt und Verkehr: Gunnar Gohlisch, Nadja Richter

94

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. V 2**

4
5 AntragstellerIn: SPD OV Kleinostheim
6 AdressatInnen: Landesparteitag
7
8
9

10 **Der Feldversuchs für Lang-LKW (> 25 m) soll zum 31.12.2016 beendet werden.**
11 **Keine Zulassung nach dem 31.12.2016 für Lang-LKW (> 25 m)**

12
13
14 Begründung:

15
16 Nachdem die EU keine generelle Zulassung für Lang-LKW (> 25 m) beschlossen hat,
17 ist es unverständlich, das Minister Dobrindt diese Zulassung für Bayern und/oder
18 die Bundesrepublik unbedingt fordert. Obwohl er weiß, dass dreiviertel der
19 Bevölkerung dagegen sind. Wir, der OV Kleinostheim der SPD, fordern den Minister
20 auf, keine Zulassung für Lang-LKW (> 25 m) auf bayerischen Straßen
21 nach dem 31.12.2016 zu genehmigen.
22

23 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme**

24 **Beschluss Parteitag: Bei 1 Enthaltung angenommen**

25 **Weiterleitung an: Landesparteitag**
26

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. V 3**

4
5 AntragstellerIn: Juso-Bezirkskonferenz
6 AdressatInnen: Bundestagsfraktion
7

8 **Dieselbesteuerung**

9
10 In letzter Zeit ist die längst überfällige Diskussion über die unterschiedliche
11 Besteuerung von Diesel und Benzinkraftstoff wieder aufkeimt. Vor allem im Zuge
12 des Dieselskandals bei VW. Doch auch schon vorher war das Problem bekannt und
13 wir merken es im Alltag regelmäßig durch zu hohe Stickoxidbelastungen in unseren
14 Städten, die zu einem Großteil auf Dieselmotoren zurückzuführen sind. Der Diesel-
15 Treibstoff hat also schon längst seinen Ruf, umweltverträglicher zu sein als Benzin,
16 verloren.

17 Deshalb fordern wir den Dieselsteuersatz an den der Benzinbesteuerung
18 anzupassen. Gleichzeitig muss auch die Kfz-Steuer angepasst werden, um Nachteile
19 für BürgerInnen mit Dieselfahrzeugen zu vermeiden. Denn durch die Differenz von
20 184,1 € pro 1000 Liter zwischen den beiden Kraftstoffen (Quelle:
21 Energiesteuergesetz) verliert der deutsche Staat jährlich mehr als 2,2 Mrd. Euro.
22 (Grundlage: Verbrauch von zirka 12 Mrd. Liter Diesel in privaten Haushalten). Dieses
23 Geld wäre deutlich besser investiert, würde man es in den Ausbau des ÖPNVs, des
24 Schienenverkehrs, der Förderung und Forschung von alternativen
25 Mobilitätskonzepten wie E-Mobilität und Brennstoffzellen investieren, all diese
26 Technologien sind wirklich umweltfreundlich im Gegensatz zum Diesel.

27
28 Zwar ist die CO₂-Emission des Diesels geringer als die eines Benziners, aber der
29 Ausstoß anderer Schadstoffe, wie Stickstoffoxide, welche für Menschen stark
30 gesundheitsgefährden sind, sind höher. Bei Stickstoffoxiden sogar bis zu siebenmal
31 so hoch. Dies ist auch einer der Hauptgründe wieso Städte wie Stuttgart regelmäßig
32 die Grenzwerte für Feinstaub nicht einhalten (91 Mal 2014), aber auch andere Städte
33 wie München, Tübingen usw. sind stark belastet. Auch scheint das Versprechen,
34 dass wir dieses Problem mithilfe von Katalysatoren lösen können, nicht zu
35 halten sein, wie wir im Zuge des VW-Abgasskandals gesehen haben.

36
37 All diese Punkte zeigen, dass die faktische Dieselsubventionierung nicht mehr
38 zeitgemäß ist und abgeschafft gehört. Vor allem in Zeiten niedriger Kraftstoffpreise
39 kann sowas recht schonend eingeführt werden.

40
41 **Votum BeVo/Antragskommission: Weiterleitung an BT-Fraktion**

42 **Beschluss Parteitag: Bei 4 Nein-Stimmen angen.**

43 **Weiterleitung an: Bundestagsfraktion**

1 **Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**

2
3 **Antrag Nr. V 4**

4
5 **AntragstellerIn:** SPD-Ortsverein Sand am Main

6 **AdressatInnen:** SPD Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

7
8 **Verkehrsinfrastruktur ist ein Teil der öffentlichen**
9 **Daseinsfürsorge – Die SPD lehnt Privatisierungsvorhaben mit**
10 **der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft ab**

11
12 Öffentliche Daseinsvorsorge ist unabdingbar für ein Leben in Würde. Ein
13 gleichberechtigter Zugang aller zu den zugehörigen Dienstleistungen und
14 Infrastrukturen ist Voraussetzung für soziale Teilhabe. Die Wirtschaft ist
15 insbesondere auf funktionierende Transportwege und gute Bildungssysteme
16 angewiesen. Öffentliche Daseinsvorsorge ist ein zentrales gesellschaftliches
17 Zukunftsthema.

18
19 Das Bestreben insbesondere aus dem Bundesministerium für Verkehr und
20 digitale Infrastruktur (Minister Dobrindt CSU) Vorhaben wie den Bau,
21 Erhaltung, Betrieb und Finanzierung der Straßeninfrastruktur einer
22 privatrechtlich organisierten Verkehrsinfrastrukturgesellschaft übertragen zu
23 wollen lehnt die SPD ab.

24
25 Bei einer möglichen Privatisierung der Bundesfernstraßen handelt es sich um
26 ein politisch hoch relevantes Thema in Bezug auf Fragen der Gewährleistung
27 von öffentlicher Daseinsvorsorge durch staatliche Institutionen, der
28 gesellschaftlichen Teilhabe sowie der Legitimierbarkeit politischer
29 Entscheidungen.

30
31 Die SPD bekräftigt:

32 Wir wollen eine Verkehrsinfrastruktur mit gut funktionierenden und
33 bezahlbaren öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Verkehrsinfrastruktur ist ein Teil
34 der öffentlichen Daseinsvorsorge.

35 Die Finanzierung von Autobahnneubauen über öffentlich-private
36 Partnerschaften, sogenannte ÖPP, ist als Einstieg in die
37 Autobahnprivatisierung zu betrachten und wird abgelehnt.

38
39 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme**

40 **Beschluss Parteitag: einstimmig**

41 **Weiterleitung an: Bundestagsfraktion**

42 **Bundesparteitag**

Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD, 04. Juni 2016, Mellrichstadt**Antrag Nr. W 1**

AntragstellerIn: Juso-Bezirkskonferenz
AdressatInnen: Bundestagsfraktion

**Nachvollziehbare Nebenkostenabrechnungen
für MieterInnen**

Wer eine Immobilie mietet, muss in der Regel neben der Kaltmiete auch mit monatlich anfallenden Nebenkosten rechnen. Hierunter fallen zum Beispiel Heizkosten, Kosten für eineN HausmeisterIn oder Reinigungs- und Gartenarbeiten, Kosten für Haftpflicht- oder Gebäudeversicherungen und viele andere mehr. In der Regel bekommen MieterInnen jährlich eine sog. Nebenkostenabrechnung, in der die Gesamtkosten des vergangenen Jahres aufgelistet sind. Eine Rechtsprechungsänderung des BGH zur Nebenkostenabrechnung ermöglicht nun VermieterInnen Nebenkostenabrechnungen zu vereinfachen und weniger nachvollziehbar zu machen. Diese Lücke im Mietrecht muss von der Politik jedoch behoben werden.

Oft fehlerhafte Nebenkostenabrechnungen

Da sich die Nebenkosten bei einem Mietverhältnis hauptsächlich aus variablen Kosten zusammensetzen, fallen Jahr zu Jahr immer wieder unterschiedliche Kosten an. Je nachdem wie hoch die für den/die VermieterIn angefallenen Betriebskosten der jeweiligen Immobilie sind, kann dieseR vom/von der MieterIn eine Nachzahlung geltend machen oder der/die MieterIn eine Rückzahlung vom/von der VermieterIn fordern. Jedoch ist laut dem Mieterbund durchschnittlich jede zweite Nebenkostenabrechnung mit Fehlern behaftet. Daher ist es aus finanzieller Sicht der MieterInnen empfehlenswert die Nebenkostenabrechnung auf Richtigkeit zu prüfen. Dies wird MieterInnen durch die Rechtsprechungsänderung des BGH zur Nebenkostenabrechnung (BGH 20.1.2016, VIII ZR 93/15) deutlich erschwert.

Rechtsprechungsänderung des BGH zur Nebenkostenabrechnung

Der BGH hat seine Rechtsprechung bezüglich der Abrechnung der Betriebskosten geändert und VermieterInnen die Abrechnung der anfallenden Mietnebenkosten deutlich erleichtert. Zur Erfüllung der Mindestanforderungen einer Nebenkostenabrechnung, soll es zukünftig reichen, wenn der/die VermieterIn die Gesamtkosten der jeweiligen Kostenart in der Rechnung vermerkt, die dann anschließend auf die MieterInnen der entsprechenden Abrechnungseinheit umlegt. Somit müssen Teilschritte zur Berechnung der Gesamtkosten nicht ausgeführt werden. Der BGH begründet sein Urteil wie folgt (*vgl. BGH 20.1.2016, VIII ZR 93/15*):

46 „Mit der vom Berufungsgericht gegebenen Begründung kann ein Anspruch der
47 Klägerin gegen die Beklagten gemäß § 556 Abs. 1, 3 Satz 1, § 259 BGB auf Zahlung
48 restlicher Nebenkosten in Höhe von 898,13 € für das Jahr 2011 nicht verneint
49 werden. Der Senat hält an seiner bisherigen Rechtsprechung (vgl. insbesondere
50 Senatsurteil vom 14. Februar 2007 - VIII ZR 1/06, NJW 2007, 1059 Rn. 10) nicht fest,
51 wonach die Angabe lediglich "bereinigter" Gesamtkosten die Unwirksamkeit der
52 Abrechnung aus formellen Gründen zur Folge hat. Er entscheidet nunmehr, dass es
53 zur Erfüllung der Mindestanforderungen einer Nebenkostenabrechnung, durch die
54 die Abrechnungsfrist des § 556 Abs. 3 Satz 3 BGB gewahrt wird, genügt, wenn als
55 "Gesamtkosten" bei der jeweiligen Betriebskostenart die Summe der Kosten
56 angegeben ist, die der Vermieter auf die Wohnungsmieter der gewählten
57 Abrechnungseinheit (in der Regel: Gebäude) umlegt.“

58

59 Jedoch hatte der BGH in zahlreichen anderen Urteilen anders entschieden (z.B.
60 Senatsurteile vom 14.2.2007, Az.: VIII ZR 1/06; BGH, Urteile v. 6.5.2015 – VIII ZR
61 194/14; BGH, Urteil v. 9.10.2013 – VIII ZR 22/13). Die Rechtsprechung des BGH der
62 letzten Jahre besagte, dass eine Betriebskostenabrechnung nur dann formell
63 ordnungsgemäß ist, wenn sie den Anforderungen des § 259 I BGB entspricht. Dies
64 bedeutete, dass jede Betriebskostenabrechnung, die keine geordnete
65 Zusammenstellung von Einnahmen und Ausgaben beinhaltet für formell nicht
66 ordnungsgemäß erklärt worden ist.

67

68 In einem Rechtsstreit über die Betriebskostenabrechnung einer Vermieterin
69 entscheidet der BGH, dass formell ordnungsgemäße Betriebsabrechnungen
70 voraussetzen, dass entsprechende Mindestangaben in der Rechnung beinhaltet sein
71 müssen. Die Zurückweisung der Revision der Klägerin in diesem Rechtsstreit wird
72 wie folgt begründet(vgl. *Senatsurteile vom 14.2.2007, Az.: VIII ZR 1/06*):

73

74 „Die Fälligkeit einer Nachzahlung setzt den Zugang einer formell ordnungsgemäßen
75 Abrechnung voraus (BGHZ 113, 188, 194). Die Abrechnungsfrist des § 556 Abs. 3
76 Satz 2 BGB wird nur mit einer formell ordnungsgemäßen Abrechnung gewahrt;
77 lediglich inhaltliche Fehler können auch nach Fristablauf korrigiert werden
78 (Senatsurteil vom 17. November 2004 - VIII ZR 115/04, NJW 2005, 219 = WuM
79 2005, 61, unter II 1 a, m.w.Nachw.). Formell ordnungsgemäß ist eine
80 Betriebskostenabrechnung, wenn sie den allgemeinen Anforderungen des § 259
81 BGB entspricht, also eine geordnete Zusammenstellung der Einnahmen und
82 Ausgaben enthält. Soweit keine besonderen Abreden getroffen sind, sind in die
83 Abrechnung bei Gebäuden mit mehreren Wohneinheiten regelmäßig folgende
84 Mindestangaben aufzunehmen: eine Zusammenstellung der Gesamtkosten, die
85 Angabe und Erläuterung der zugrunde gelegten Verteilerschlüssel, die Berechnung
86 des Anteils des Mieters und der Abzug seiner Vorauszahlungen. Diesen
87 Anforderungen wird die Abrechnung der Klägerin im Hinblick auf die
88 Zusammenstellung der Gesamt- kosten nicht in vollem Umfang gerecht.“

89

90 Die Kehrtwende in der Rechtsprechung des BGH zu diesem Thema, zeigt dass das
 91 Mietrecht noch zahlreiche Lücken aufweist und zu viel Interpretationsfreiheit
 92 ermöglicht, was schließlich negative Auswirkungen auf die Rechte der MieterInnen in
 93 Deutschland führen kann.

94

95 **Transparente und nachvollziehbare Nebenkostenabrechnungen**

96

97 In Anbetracht der Tatsache, dass ca. die Hälfte der deutschen Bevölkerung in
 98 gemieteten Immobilien wohnt, halten wir ein gerecht und fair gestaltetes Mietrecht für
 99 erstrebenswert. Die vollständige Nachvollziehbarkeit der Nebenkostenabrechnung
 100 hat für MieterInnen aus finanzieller Sicht eine große Bedeutung. Denn dies ist für
 101 MieterInnen der einzige Weg die ggf. geforderte Nachzahlung auf Richtigkeit zu
 102 prüfen. Hierbei hat der/die MieterIn die Möglichkeit die Rechnung auf allgemeine
 103 Rechenfehler zu prüfen oder auch seine Nebenkostenabrechnung mit anderen
 104 Bewohnern aus derselben Wohnanlage zu vergleichen. Zudem kann der/die
 105 MieterIn, soweit ihm eine Zurückzahlung zusteht, diese auf Korrektheit prüfen bzw.
 106 prüfen lassen.

107

108 Durch die neuste Rechtsprechung des BGH werden Mieterinnen und Mietern die
 109 Prüfung und Nachvollziehbarkeit der Nebenkostenabrechnung deutlich erschwert.

110

111 Daher erscheint es ungerecht, auf Seiten der VermieterInnen die Abrechnung zu
 112 vereinfachen, wohingegen die MieterInnenseite nicht erleichtert wird. Daher fordern
 113 wir eine Wiederherstellung der Gerechtigkeitswaage, indem eine neue gesetzliche
 114 Regelung alle für den/die MieterIn anfallenden Nebenkosten ersichtlich macht, was
 115 zur mehr Transparenz führt. Die auf den/die MieterIn zukommenden Kosten sollen
 116 für Bürgerinnen und Bürger leicht nachvollziehbar sein, ohne dass diese durch
 117 „Überraschungsnebenkosten“ unnötigerweise zusätzlich belastet werden.

118

119

120 **Votum BeVo/Antragskommission: Annahme**

121 **Beschluss Parteitag: Änderung des Votums auf:**
 122 **„Weiterleitung an die BT-**
 123 **Fraktion“: Bei wenigen Nein-**
 124 **Stimmen angenommen**

125

126 **Weiterleitung an: Bundestagsfraktion**